

2. Darstellung des polnisch-deutschen Migrationsgeschehens: Ausmaß und Entwicklung der Migration von Polen nach Deutschland

Quantitativ bedeutsame Migrationsbewegungen von Polen nach Deutschland sind kein neues Phänomen, sondern können bis ins 19. Jahrhundert zurückverfolgt werden. Allerdings handelt es sich bei den Zuwanderern aus Polen um keine homogene Gruppe. Neben Arbeitsmigration, die im Verlauf der fortschreitenden Industrialisierung Ende des 19. Jahrhunderts einsetzte, sind hierbei insbesondere der Zuzug von Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg, die Zuwanderung von politischen Flüchtlingen sowie die Einwanderung von Aussiedlern vor allem Ende der 1950er Jahre und Ende der 1980er Jahre zu nennen.

Grundsätzlich lässt sich die Zuwanderung aus Polen nach Westdeutschland seit 1950 in zwei Phasen einteilen. Zum einen die eher auf einen langfristigen Aufenthalt ausgerichtete Migration bis Anfang der 1990er Jahre und zum anderen die danach verstärkt einsetzende kurzfristige Migration zu Arbeitszwecken, die bis heute anhält.¹ Die polnische Migration in die DDR war dagegen bereits vor 1990 von temporärer Arbeitsmigration geprägt.

Im Mittelpunkt dieser Arbeit steht zwar die Migration seit Zusammenbruch des kommunistischen Systems. Da vorherige Migrationsbewegungen jedoch Einfluss auf spätere Migrationsentscheidungen haben können, ist es notwendig, das polnisch-deutsche Migrationsgeschehen etwas umfassender zu beschreiben. Migrationsbewegungen von Polen nach Deutschland in der Zeit bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges werden hierbei lediglich überblicksartig dargestellt, bevor dann ausführlicher auf die Zeit von 1950 bis 1990 sowie auf die Migration nach 1990² eingegangen wird. Daran anschließend wird anhand der allgemeinen Fort- und Zuzugsstatistik die Möglichkeit der statistischen Erfassung von Migrationsbewegungen kritisch beleuchtet und in den beiden abschließenden Kapiteln ein

1 In der polnischen Literatur finden sich teilweise detailliertere Phaseinteilungen der Migrationsbewegungen (vgl. hierzu z.B. Okólski 1996: 30ff.).

2 Die Betrachtung des polnisch-deutschen Migrationsgeschehens erfolgt bis zum Jahr 2006 (in Ausnahmefällen bis 2007), da die Daten, die Grundlage der empirischen Analysen dieser Arbeit sind, ebenfalls Wanderungen bis zum Jahr 2006 umfassen.

Blick auf polnische Statistiken sowie die sozioökonomischen Merkmale von polnischen Migranten geworfen.

2.1 Zuzug bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges

Durch den gestiegenen Bedarf an Arbeitskräften im Rahmen der Industrialisierung setzte eine erste Einwanderungswelle von Polen nach Deutschland ein. Bis zum Ersten Weltkrieg zogen ca. 750.000 meist preußische Polen in die industriellen Ballungsräume. Zielorte der Migration waren neben dem Ruhrgebiet auch Berlin sowie die Hansestädte Bremen und Hamburg. Zusätzlich zur Migration in die industriellen Ballungsgebiete, die einen eher langfristigen Charakter aufwies (ca. 150.000 Polen blieben dauerhaft in Deutschland, vgl. Neusch et al. 1999: 96; Pallaske 2001a: 11), kam es zu einer regen Pendelmigration im Osten Deutschlands, zur sog. „Sachsengängerei“, die sich bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges fortsetzte. Hierbei handelte es sich insbesondere um russische Polen, die als Saisonarbeitskräfte nach Deutschland kamen (vgl. Pallaske 2001a: 11).

Eine ebenfalls relativ große Gruppe von Polen in Deutschland bilden die sog. Displaced Persons. Diese Gruppe setzt sich hauptsächlich aus Polen zusammen, die während des Zweiten Weltkrieges zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt wurden, aber auch aus ehemaligen Kriegsgefangenen, ehemaligen Häftlingen aus Arbeits- und Vernichtungslagern sowie Angehörigen der polnischen Streitkräfte. Während fast alle der ca. 700.000 in der Sowjetischen Besatzungszone verbliebenen Polen relativ rasch in ihre Heimat zurückgeführt wurden, verlief die Repatriierung in den westlichen Besatzungszonen wesentlich zögerlicher. Zwar kehrte auch ein großer Teil der 922.088 im Mai 1945 in den westlichen Besatzungszonen registrierten Displaced Persons mit polnischer Staatsangehörigkeit nach Polen zurück oder emigrierte weiter, z.B. nach Großbritannien oder in die USA, aber ein beträchtlicher Teil blieb auch in der BRD (vgl. Ruchniewicz 2001: 66). Es wird davon ausgegangen, dass sich ca. 100.000 Displaced Persons mit polnischer Staatsbürgerschaft dauerhaft in Westdeutschland niedergelassen haben (vgl. ebd.; Pallaske 2001a: 11).

Durch die neue Grenzziehung nach dem Zweiten Weltkrieg kamen darüber hinaus circa zwölf Millionen Vertriebene insbesondere aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten nach Deutschland, wovon etwa acht Millionen in der BRD und vier Millionen in der DDR aufgenommen wurden. Für Westdeutschland geht man davon aus, dass hiervon fast eine Million Vertriebene aus dem damaligen Polen stammen (vgl. Münz 2000: 51).

2.2 Zuwanderung aus Polen von 1950 bis Anfang der 1990er Jahre

Nach Einsetzen des Kalten Krieges war eine Auswanderung aus Polen nur in sehr geringem Maße möglich. Lediglich in den Jahren 1956 bis 1959 führte die kurzzeitige politische Liberalisierung in Polen zu einer Auswanderungswelle vornehmlich deutschstämmiger Bevölkerung. Zwar fand in den Jahren 1960 bis 1980 eine kontinuierliche Abwanderung aus Polen statt, allerdings auf relativ niedrigem Niveau. Aufgrund der wirtschaftlichen Verschlechterung sowie der beginnenden politischen Destabilisierung einerseits und einer Liberalisierung der Reisebedingungen andererseits setzte Anfang der 1980er Jahre eine erneute Auswanderungswelle ein, die lediglich in den Jahren 1982/83 durch die Verhängung des Kriegsrechtes und den damit verbundenen Verschärfungen der Ausreisebestimmungen unterbrochen wurde. Ihren Höhepunkt erreichte die Auswanderung von Polen im Jahr 1989. Alleine nach Westdeutschland, das das Hauptzielland der Migranten aus Polen war, reisten nach offiziellen deutschen Statistiken in diesem Jahr 455.075 Personen aus Polen ein. Schätzungen gehen davon aus, dass 51 bis 55 Prozent aller polnischen Auswanderer der Jahre 1981 bis 1989 nach Westdeutschland migrierten (vgl. Korcelli 1996: 253). Weitere wichtige Zielländer für Auswanderer aus Polen waren die Vereinigten Staaten und Kanada (vgl. a.a.O.: 254). Einige Polen wanderten auch in die DDR aus. Da sich sowohl Ausmaß als auch Arten der Migration von Polen in die beiden deutschen Staaten jedoch sehr unterscheiden, soll die Entwicklung der Migration für die BRD und die DDR im Folgenden getrennt dargestellt werden.

2.2.1 Zuwanderung in die BRD

Da eine legale Auswanderung in Polen sehr restriktiv gehandhabt wurde, gab es nur sehr spezielle Wanderergruppen, die die Möglichkeit hatten, Polen zu verlassen. Hierbei handelte es sich einerseits um Migranten, die Polen zum Zwecke der Familienzusammenführung verließen, andererseits um Aussiedler, die aufgrund ihrer deutschen Volkszugehörigkeit nach Deutschland ausreisen konnten. Tatsächlich gab es aber auch eine beträchtliche Zahl an Personen, die entweder illegal ausreisten oder von einer legalen Auslandsreise nicht zurückkehrten und in der BRD politisches Asyl beantragten.³

3 Zwar gab es auch vor 1990 Arbeitsmigration von Polen in die BRD (insbesondere Werkvertragsarbeitnehmer), aber ihr Ausmaß war vergleichsweise unbedeutend, sodass sie im Rahmen dieses Überblicks vernachlässigt werden kann (vgl. hierzu auch Dietz 2007: 27). Nach offiziellen Angaben des Statistischen Zentralamtes waren im Jahr 1988 etwa 6.626 Personen zu Arbeitszwecken in Westdeutschland, was einem Anteil von knapp 5 Prozent aller im Ausland tätigen

Eine Unterscheidung dieser Zuwanderergruppen ist insbesondere deshalb von Bedeutung, weil die verschiedenen rechtlichen Grundlagen der Zuwanderung Auswirkungen auf den Aufenthaltsstatus und damit auf die Rechte der Zuwanderer in der Bundesrepublik Deutschland haben, was gerade im Zusammenhang mit der Integration von polnischen Zuwanderern in die deutsche Gesellschaft immer wieder diskutiert wird (vgl. z.B. Miera 1997: 236ff.; Pallaske 2001b: 128f.). Die Vorstellung, dass sich hinter diesen rechtlich klar zu trennenden Zuwanderergruppen auch Personen verbergen, die sich hinsichtlich ihres Zugehörigkeitsgefühls und ihrer Migrationsmotivation klar voneinander abgrenzen, wird hingegen kontrovers diskutiert und insbesondere für die späten 1980er Jahre eher verneint (vgl. a.a.O.: 129f.; vgl. hierzu auch Okólski 1996: 34).

Im Folgenden werden die drei Zuwanderergruppen, die das Migrationsgeschehen von Polen nach Westdeutschland bis Anfang der 1990er Jahre weitgehend bestimmt haben, dargestellt. Hierbei werden jeweils Ausmaß und Entwicklung der einzelnen Zuwanderergruppen beschrieben, wobei auch auf die Jahre nach 1990 eingegangen wird, um die Entwicklung der einzelnen Zuwanderergruppen nach der politischen Wende in Polen nachzeichnen zu können. Grundlage der Darstellung sind zunächst hauptsächlich die entsprechenden offiziellen deutschen Statistiken.

Polen entsprach (vgl. OECD 1992: 108). Darüber hinaus unterscheiden sich die Formen dieser Arbeitsmigration nicht von den in den Kapiteln 2.3 und 2.4 vorgestellten Möglichkeiten der Migration, sodass an dieser Stelle auf die entsprechenden Kapitel verwiesen sei.

2.2.1.1 (Spät-)Aussiedler aus Polen

Bis zum Jahr 2006 kamen insgesamt 1.444.923 (Spät-)Aussiedler⁴ aus Polen nach Deutschland.⁵ Die quantitative Entwicklung des Zuzugs der (Spät-)Aussiedler aus Polen spiegelt deutlich die jeweilige politische Lage in Polen sowie das Verhältnis zwischen Polen und der BRD wider (vgl. Münz/Ulrich 1996: 9; Rudolph 1996: 164f.).

Eine erste Welle der Aussiedlerzuwanderung fand Ende der 1950er Jahre statt. Ausgelöst wurde diese Welle einerseits durch die Unterzeichnung des Warschauer Vertrages, andererseits wurde die tatsächliche Auswanderung nur durch die 1956 einsetzende politische Liberalisierung in Polen möglich, die allerdings lediglich bis 1959 andauerte. In dieser Zeit wanderten fast 250.000 Aussiedler von Polen nach Westdeutschland ein. Die meisten der fast 1,5 Millionen (Spät-)Aussiedler emigrierten jedoch in den 1980er Jahren. Allein in den Jahren 1988 bis 1990 kamen über eine halbe Million Aussiedler aus Polen nach Westdeutschland (vgl. hierzu auch Abbildung 1).

Mit dem Aussiedleraufnahmegesetz von 1990 wurde der Aussiedlerzuzug aus Polen erschwert und mit dem Kriegsfolgenbereinigungsgesetz, das am 1. Januar 1993 in Kraft trat, weitgehend unmöglich gemacht. Insbesondere die Beweisumkehr beim Nachweis eines Kriegsfolgenschicksals führte dazu, dass kaum noch

4 (Spät-)Aussiedler sind gemäß §4 Abs. 3 Satz 1 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) Deutsche im Sinne des Art. 116 Grundgesetz. Sie müssen deutsche Staatsangehörige oder deutsche Volkszugehörige sein, die vor dem 8. Mai 1945 ihren Wohnsitz in einem der im BVFG umschriebenen Aussiedlungsgebiete hatten oder nach ihrer Vertreibung oder der Vertreibung eines Elternteils seit dem 31. März 1952 in eines dieser Gebiete gezogen sein. Auch Personen, die seit ihrer Geburt in einem der Aussiedlungsgebiete leben und vor dem 1. Januar 1993 geboren sind, sind (Spät-)Aussiedler, sofern ihre Eltern die oben genannten Voraussetzungen erfüllen. Eine Erfassung als (Spät-)Aussiedler erfolgt – ungeachtet der Erfüllung der sonstigen Voraussetzungen – erst, wenn der Betroffene das Aussiedlungsgebiet im Rahmen des Aufnahmeverfahrens verlassen und innerhalb von sechs Monaten in Deutschland seinen ständigen Aufenthalt genommen hat. Der Unterschied zwischen Aussiedlern und Spätaussiedlern besteht im Zeitpunkt der Ausreise: Angehörige der deutschen Minderheiten, die nach 1950 und vor dem 1. Januar 1993 die Aussiedlungsgebiete verlassen haben, werden als Aussiedler bezeichnet, danach spricht man von Spätaussiedlern (vgl. hierzu Bundesministerium des Innern 2007: 46).

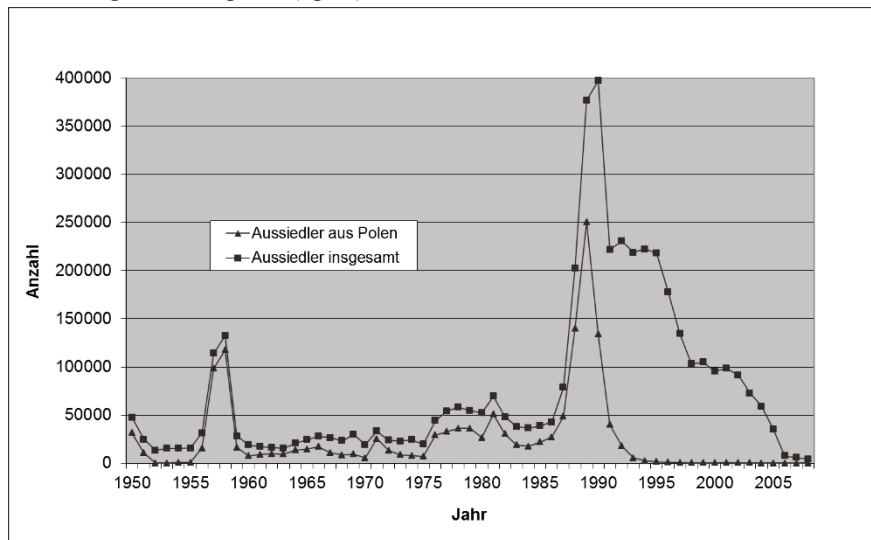
5 Folgende Zahlen beziehen sich auf die Zuwanderung von (Spät-)Aussiedlern in die BRD, die durch das Bundesverwaltungsamt registriert werden. Die Registrierung erfolgt hierbei personenbezogen, sodass die mehrmalige Erfassung einzelner Personen ausgeschlossen werden kann (vgl. Lederer 1997: 230). Eine geringe Anzahl an Aussiedlern ging zwar auch in die DDR (vgl. Münz/Ulrich 1996: 8), genauere Angaben zur Größenordnung oder der Motivationslage dieser Zuwanderer liegen jedoch kaum vor. Iglicka (2001b: 19) nennt Zahlen für die Emigration in die DDR allgemein in den Jahren 1955 bis 1960: In dieser Zeit migrierten 34.365 Personen in die DDR (im Vergleich zu 229.303 Personen in die BRD). Ob es sich bei diesen Personen um Aussiedler handelt und ob diese Personen im Osten Deutschlands verblieben oder in den Westen weiterwanderten, kann anhand der Datenlage jedoch nicht festgestellt werden.

Personen aus Polen als (Spät-)Aussiedler anerkannt werden: Personen, die einen Antrag auf Anerkennung als (Spät-)Aussiedler stellen, müssen seither, sofern sie nicht aus der ehemaligen Sowjetunion stammen, individuell glaubhaft machen, dass sie auch heute noch wegen ihrer deutschen Volkszugehörigkeit diskriminiert werden (vgl. Lederer 1997: 228f.). Da dieser Nachweis schwer zu führen ist, ging der (Spät-)Aussiedlerzuzug aus Polen nach 1990 rapide zurück und hat seit 1997 die Tausendergrenze nicht mehr überschritten. In den Jahren 2005 und 2006 wurden jeweils lediglich 80 Spätaussiedler aus Polen registriert.⁶ Besonders deutlich spiegelt sich diese Gesetzesänderung auch im Anteil der Polen an allen (Spät-)Aussiedlern wider. Während (Spät-)Aussiedler aus Polen vom Jahr 1965 an immer ein bis zwei Drittel des gesamten (Spät-)Aussiedlerzuzugs ausmachten, sinkt dieser Anteil seit 1990 sehr stark und liegt von 1995 bis 2005 kontinuierlich unter einem Prozent (vgl. Abbildung 1).⁷

6 Miera (1996: 14) verweist darauf, dass mit der Erschwernis für Polen, als (Spät-)Aussiedler anerkannt zu werden, eine Zunahme an Anträgen zur Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit „in direktem Zusammenhang“ steht. Die Zahl der Anträge steigt seit 1991 stark an, und eine nach Staatsangehörigkeiten differenzierte Betrachtung zeigt, dass von 1992 bis 1995 nahezu alle Anträge von Polen gestellt werden (a.a.O.: 62). Im Jahr 1994 wurden beispielsweise 54.251 Anträge von Polen bearbeitet, von denen lediglich 122 abgelehnt wurden (vgl. Deutscher Bundestag 1995). Seit dem Jahr 2000 werden Angaben über die ausgestellten Staatsangehörigkeitsausweise vom Bundesverwaltungsamt ausgewiesen. Auch hier zeigt sich, dass ein Großteil der Staatsangehörigkeitsausweise für Polen ausgestellt wird: Die Zahl der für Polen ausgestellten Ausweise liegt kontinuierlich über 20.000, wobei im Jahr 2005 mit 38.187 der Höhepunkt erreicht wird. Polen, die dann zusätzlich über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen, können ohne Einschränkungen nach Deutschland einreisen und tauchen als mögliche Zuwanderer nur noch als Deutsche in der allgemeinen Zuzugsstatistik auf. Sie machen vermutlich einen Teil der alljährlichen Zuzüge von Deutschen aus Polen aus (vgl. hierzu auch Glorius 2007: 109). Ein größerer Teil dieser Personen wird aber vermutlich seinen Wohnsitz in Polen beibehalten und lediglich zeitweilig in Deutschland arbeiten (vgl. ebd., Adamczyk 2008: 34ff.; vgl. hierzu auch anschaulich Urbanek 1999). Darüber hinaus haben diese Personen aufgrund ihrer deutschen Staatsangehörigkeit aber auch die Möglichkeit, in anderen Staaten der EU zu arbeiten. Quantitative Bedeutung hat dieses Phänomen etwa in den Niederlanden (vgl. Pool 2004).

7 Unklar ist allerdings, wie viele deutsche Volkszugehörige bereits erfolgreich die Aufnahme als (Spät-)Aussiedler beantragt haben, jedoch nicht nach Deutschland eingereist sind, sondern immer noch in Polen leben. Münz und Ulrich (1996: 11) schätzen die Anzahl dieser Personen im Jahr 1996 auf ca. 200.000.

Abbildung 01: Zuzug von (Spät-)Aussiedlern aus Polen nach Westdeutschland



Quelle: Bundesverwaltungsamt, eigene Zusammenstellung

Aufgrund ihrer Anerkennung als Deutsche erhalten (Spät-)Aussiedler relativ rasch, seit 1999 sogar ohne Einbürgerungsverfahren, die deutsche Staatsangehörigkeit. Ab diesem Zeitpunkt sind (Spät-)Aussiedler in den meisten Statistiken nicht mehr von Deutschen ohne Migrationshintergrund zu unterscheiden.⁸ Auch wenn davon ausgegangen wird, dass sich die Mehrzahl der (Spät-)Aussiedler dauerhaft in der Bundesrepublik niedergelassen hat (vgl. z.B. Korcelli 1996: 260), können keine gesicherten Angaben darüber gemacht werden, wie viele der Migranten aus Polen, die als (Spät-)Aussiedler nach Westdeutschland kamen, tatsächlich dort geblieben sind oder wie viele von ihnen in andere Länder weitergewandert oder nach Polen zurückgekehrt sind. Korcelli (1996: 252) geht etwa davon aus, dass ca. 170.000 Personen zwar formal in die BRD übersiedelt sind, um sich die deutsche Staatsbürgerschaft zu sichern, de facto aber ihren Lebensmittelpunkt in Polen haben und auch in Polen gemeldet sind.⁹

8 Lediglich in den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit werden (Spät-)Aussiedler für 5 Jahre gesondert erfasst. Seit 2005 ist es darüber hinaus auch möglich, einen Großteil der (Spät-)Aussiedler im Mikrozensus zu identifizieren (zur Vorgehensweise sowie zu Einschränkungen dieses Verfahrens vgl. Statistisches Bundesamt 2007: 321 ff.).

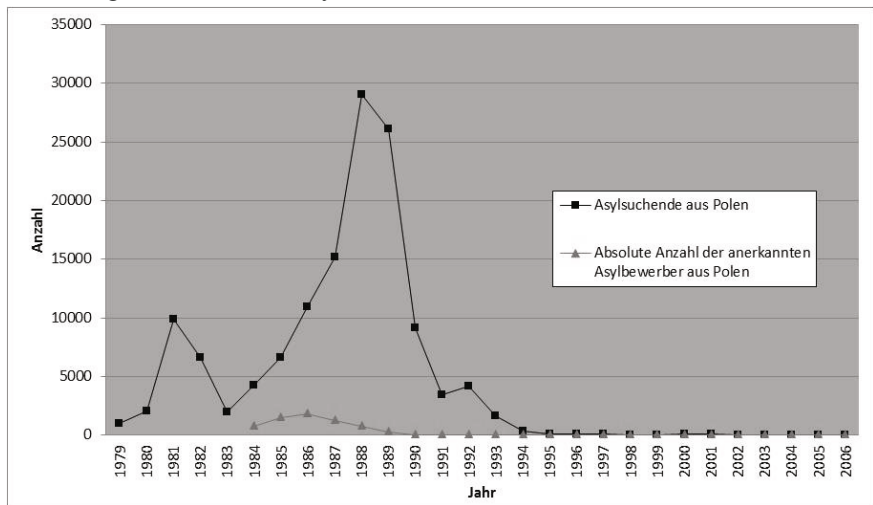
9 Auch Miera (1996: 14 ff.) geht davon aus, dass es für etliche Aussiedler lohnender ist, ihren Lebensmittelpunkt in Polen zu belassen, zusätzlich aber temporär in Deutschland zu arbeiten – sei es legal, was aufgrund ihrer deutschen Staatsbürgerschaft relativ einfach ist, oder illegal. Für diese

2.2.1.2 Asylsuchende aus Polen

Die zweite große Gruppe der Zuwanderer aus Polen, die vor allem vor dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems eine bedeutende Rolle spielte, sind politische Flüchtlinge, die in der Bundesrepublik Deutschland Asyl beantragten.

In den Jahren 1979 bis 2006 beantragten insgesamt 133.450 Polen in Westdeutschland politisches Asyl.¹⁰ Ein erster Höhepunkt lag in den Jahren 1981 und 1982, nachdem in Polen das Kriegsrecht verhängt wurde. Generell blieb das Niveau der Asylanträge bis 1993 relativ hoch. Die meisten Asylanträge wurden im Jahr 1988 gestellt (siehe hierzu auch Abbildung 2). Mit 29.023 Anträgen machten Polen in diesem Jahr in der BRD sogar 40,6 Prozent aller Asylsuchenden aus Europa und 28,2 Prozent der Asylsuchenden insgesamt aus.

Abbildung 02: Anzahl der Asylsuchenden aus Polen



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge; eigene Zusammenstellung

Strategie spricht auch die Tatsache, dass deutsche Minderheiten in Polen seit einigen Jahren materiell und politisch unterstützt werden.

10 Alle Asylgesuche werden von den Außenstellen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (bis Sommer 2004 Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge) erfasst und in der Asylbewerberzugangsstatistik zusammengefasst (vgl. bspw. Bundesministerium des Innern 2007: 89; zu methodischen Einschränkungen dieser Statistik vgl. Lederer 2004: 57ff.).

Die Zahl der als Asylbewerber eingereisten Polen ist jedoch keineswegs identisch mit der Zahl der Personen, die tatsächlich politisches Asyl bekamen und als anerkannte Asylbewerber in der Bundesrepublik bleiben durften. Während anfangs die Anerkennungsquote für Polen relativ hoch lag – im Jahr 1985 bei 23 Prozent – ging sie seit 1987 rapide zurück, und seit 1990 besteht für Polen eigentlich keine Möglichkeit mehr, in Deutschland als politischer Flüchtling anerkannt zu werden. Die Quoten liegen jeweils unter 1 Prozent, meist sogar bei 0 Prozent.

Die Zahl der anerkannten Asylbewerber aus Polen, die seit 1979 in der BRD politisches Asyl bekamen, beläuft sich in etwa auf 6.550 Personen. Allerdings spiegelt die Anerkennungsquote nicht wider, dass zwar den Anträgen der Mehrzahl der polnischen Asylsuchenden nicht stattgegeben wurde, ihre Abschiebung nach Polen aber oftmals aus humanitären Gründen ausgesetzt wurde und sie somit den Aufenthaltsstatus einer Duldung bekamen. Genaue Angaben darüber, wie viele Polen mit diesem relativ unsicheren Aufenthaltsstatus in Deutschland lebten, liegen nicht vor. Nach Schätzungen beläuft sich die Größenordnung dieser Personengruppe insgesamt auf über 100.000 Personen (vgl. Pallaske 2001b: 124), von denen die meisten erst in den 1990er Jahren einen verfestigten Aufenthaltstitel erlangen konnten (vgl. ebd.).

2.2.1.3 Ehegatten- und Familiennachzug aus Polen vor 1990

Eine dritte Zuwanderungsform, die von 1950 bis 1990 von Bedeutung war, ist der Ehegatten- und Familiennachzug. Bis Ende der 1980er Jahre galt die Familienzusammenführung – unter welcher von polnischer Seite auch ein Großteil der Aussiedleremigration subsumiert wurde (vgl. Korcelli 1996: 248) – in Polen als der einzige offiziell anerkannte Grund zur Auswanderung (vgl. ebd.) und war für viele Polen somit die einzige Möglichkeit, legal dauerhaft aus Polen auszureisen. Problematisch ist jedoch, dass dieser Ehegatten- und Familiennachzug nicht aus der allgemeinen deutschen Zuzugsstatistik ersehen werden kann, da diese nicht nach Migrationsart differenziert. Zwar kann Familienzuzug seit 1996 über die Visastatistik des Auswärtigen Amtes größtenteils erfasst werden, aber für die Jahre davor ließe sich höchstens eine maximale Obergrenze des Familienzuzugs aus den offiziellen Statistiken schätzen (zu einem Versuch der Schätzung dieser Obergrenze – allerdings für alle Ausländer – vgl. Lederer 2004: 142ff.).

Auch polnische Statistiken können keine zuverlässigen Angaben über die Größe dieser Zuwanderergruppe geben. Denn einerseits wurde auch die Ausreise von Aussiedlern offiziell als Familienzusammenführung bezeichnet (vgl. Korcelli 1996: 248), andererseits ist unklar, wie viele Personen – auch Aussiedler (vgl. z.B. Grabe 2000: 178) – das komplizierte und unsichere Verfahren zur Erteilung eines

Passes und eines Ausreisevisums scheuten und illegal nach Westdeutschland kamen (zum Verfahren vgl. z.B. OECD 1992: 105). Einen Hinweis auf die Wichtigkeit dieser Migrationsart bis Mitte der 1990er Jahre gibt jedoch die Geschlechterverteilung der Migranten, die dauerhaft aus Polen auswanderten. Bis 1994 emigrierten laut den offiziellen polnischen Statistiken mehr Frauen als Männer. Während in den Jahren 1981 bis 1990 123.354 Männer offiziell aus Polen auswanderten, waren es im gleichen Zeitraum mit 143.614 immerhin 20.000 mehr Frauen, die Polen auf legalem Wege verließen. Diese Zahlen spiegeln ein für den Kommunismus typisches Migrationsmuster wider: Während der Mann zunächst illegal das Land verlässt, kann die Frau später im Rahmen des Ehegattennachzugs legal ausreisen (Iglicka 2001a: 45f; vgl. hierzu auch Jaźwińska et al. 2007: 20). Darüber hinaus scheint aber auch die klassische Heiratsmigration eine Rolle zu spielen (vgl. Grzegorzewska-Mischka 1995: 66; Miera 1996: 23ff.), wobei keine quantitativen Aussagen darüber getroffen werden können, inwieweit erst durch die Eheschließung Gedanken an eine Wanderung ausgelöst wurden, oder ob die Ehe geschlossen wurde, um bereits vorhandene Migrationspläne in die Tat umzusetzen.

2.2.2 Zuwanderung in die DDR

Bis zur Wiedervereinigung Deutschlands im Oktober 1990 gab es auch Migrationsbewegungen zwischen Polen und der DDR. Trotz der ungenügenden Datelage¹¹ kann festgehalten werden, dass im Gegensatz zum Wanderungsgeschehen zwischen Polen und der BRD, das vornehmlich von dauerhafter Immigration geprägt war, die Migration von Polen in die DDR schon vor 1990 hauptsächlich von temporärer Migration zu Arbeitszwecken bestimmt war (vgl. Glorius 2007: 104). Zwar gab es auch polnische Studenten, die in der DDR studierten – Oschlies (1983: 1089) nennt für das Jahr 1977 etwa 490 polnische Studierende – oder Heiratsmigranten (insgesamt ca. 11.000; vgl. Glorius 2007: 106; Stach 1994: 9), den Großteil der Migranten machten aber Personen aus, die in der DDR arbeiteten.

11 Es liegen kaum offizielle Daten zur Migration von Polen in die DDR vor. Auch eine Migrationsforschung war in der DDR de facto nicht vorhanden, da Migration in der DDR als Tabuthema galt (vgl. Helias 1992a: 5; Krüger-Potratz 1991a: 15; Stach 1994: 6). Nur vereinzelt beschäftigten sich Wissenschaftler mit diesem Thema, wobei der Schwerpunkt der Arbeiten laut Krüger-Potratz (1991a: 15ff.) auf der Beschreibung der wenigen zugänglichen Fakten bzw. der Darstellung der Sollvorstellungen der DDR-Regierung beispielsweise zur Integration der ausländischen Arbeitnehmer in die Unternehmen lag. Der Versuch einer systematischeren Beschäftigung mit der Migration in die DDR beginnt erst mit der Wende.

Insgesamt arbeiteten im Jahresdurchschnitt ca. 40.000 Polen legal in der DDR¹² (vgl. Helias 1992a: 5), hierunter ca. 3.000-4.000 Grenzgänger pro Jahr mit unbefristeten Arbeitsverträgen (a.a.O.: 5f.; vgl. hierzu auch Oschlies 1983: 1088) und seit 1971 auch jährlich bis zu 7.500 Personen in grenzferneren Gegenden, die 3-4 Jahre in der DDR arbeiten durften (vgl. Helias 1992a: 6 und 14). Zusätzlich arbeiteten in der DDR auch polnische Arbeitnehmer als Angestellte polnischer Außenhandelsfirmen, zumeist Baufirmen, mit denen die DDR Werkverträge abgeschlossen hatte. Dies waren ca. 30.000 Beschäftigte jährlich (vgl. a.a.O.: 13). Nach den Angaben des Statistischen Zentralamts in Polen waren etwa im Jahr 1989 37.702 Personen zu Arbeitszwecken in der DDR. 32.171, also 85 Prozent davon, waren bei einem polnischen Arbeitgeber angestellt (vgl. OECD 1992: 108).

Neben diesen legalen Beschäftigungsformen kam es auch in der DDR zu illegalen Arbeitsaufenthalten insbesondere von polnischen Saisonarbeitskräften. Ihre Anzahl wird auf bis zu 100.000 Personen jährlich geschätzt (vgl. Helias 1992a: 13).

Im Zusammenhang mit der sich abzeichnenden Wiedervereinigung ging die Beschäftigung polnischer Arbeitnehmer rapide zurück, wobei nicht ganz klar ist, in welchem Ausmaß Polen freiwillig in ihre Heimat zurückkehrten oder (häufig auch rechtswidrig) entlassen wurden (vgl. a.a.O.: 15). Grundsätzlich hatten ausländische Beschäftigte unter bestimmten Bedingungen das Recht, auch nach Beendigung ihrer ursprünglichen Beschäftigungsverhältnisse in der DDR zu bleiben. Allerdings machten laut Angaben der polnischen Botschaft nur ca. 200 Polen von dieser Möglichkeit Gebrauch (vgl. a.a.O.: 17).

2.3 Zuwanderung aus Polen nach 1990

Während also in der DDR vor 1990 das polnisch-deutsche Wanderungsgeschehen eher von temporärer Arbeitsmigration geprägt war, hatte die Migration von Polen in die BRD bis 1990 größtenteils dauerhaften Charakter. Das Jahr 1990 stellt jedoch eine Zäsur im Wanderungsgeschehen von Polen nach Westdeutschland dar, und kurzzeitige Migration zu Arbeitszwecken wird zur häufigsten Art der Wanderung. Das Migrationsgeschehen zwischen Polen und Gesamtdeutschland gleicht sich somit dem Migrationsmuster an, das schon vorher zwischen Polen und der DDR vorherrschend war. Zwar gab es auch schon vor 1990 vereinzelt temporäre Arbeitsmigranten in Westdeutschland (z.B. Werkvertragsarbeiter), aber ihre

12 Etwas geringere Zahlen nennt beispielsweise Jasper (1991: 156f.), der nochmals betont, dass die statistischen Angaben zur Anzahl ausländischer Arbeitnehmer in der DDR unzulänglich sind und „divergierende Angaben über die Anzahl der Beschäftigten (...) zur Geschichte der Arbeitsmigration im RGW-Bereich“ (a.a.O.: 156) gehören.

Anzahl blieb vergleichsweise niedrig, unter anderem wohl auch, weil im Falle einer illegalen Ausreise oder Überziehung des Visums der Betreffende bei der Rückkehr nach Polen mit Repressalien zu rechnen gehabt hätte (vgl. OECD 1992: 105). Die Möglichkeit, nicht nur uneingeschränkt aus Polen auszureisen, sondern insbesondere auch jederzeit nach Polen zurückkehren zu können, erhöht somit die Vorteile einer kurzfristigen Arbeitsmigration. Es gibt jedoch noch weitere Gründe für den Rückgang dauerhafter Migration. Einerseits sind dies migrationspolitische Restriktionen von deutscher Seite, denn mit der politischen Veränderung in Polen gab es keine Möglichkeit mehr, als Asylbewerber in Deutschland anerkannt zu werden. Auch ein Zuzug von Aussiedlern aus Polen wurde durch die beschriebenen Gesetzesänderungen grundlegend erschwert. Andererseits verweisen polnische Autoren auch immer wieder darauf, dass aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung in Polen der Wunsch nach einer langfristigen Auswanderung zurückgegangen sei (vgl. z.B. Iglicka 2001b: 33; Korcelli 1996: 259f.; Okólski 1994: 57; zu einer anderen Einschätzung kommt etwa Helias 1992b: 43).

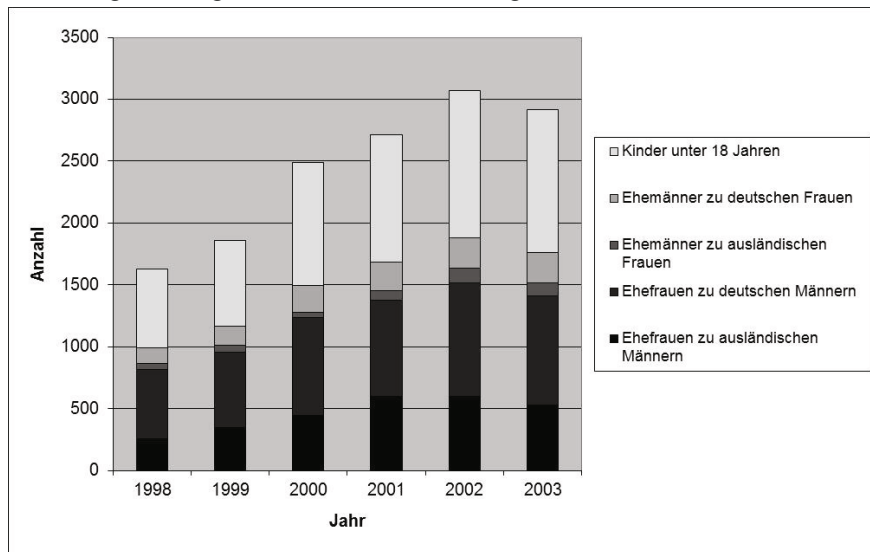
Der Rückgang von dauerhaftem Zuzug von Polen nach Deutschland bedeutet jedoch nicht, dass das Ausmaß des polnisch-deutschen Migrationsgeschehens insgesamt abgenommen hat. Zwar sinken die Zuzugszahlen insbesondere aufgrund des Rückgangs der Aussiedlerzuwanderung bis 1993 stark ab, aber sie steigen danach wieder an, wobei ein Großteil dieser Aufenthalte nun lediglich von kurzer Dauer ist. Im Jahr 2004 etwa beträgt die Anzahl der kurzzeitig in Deutschland beschäftigten Polen über 300.000.

Im Folgenden werden nun die Migrantengruppen beschrieben, die für das Migrationsgeschehen nach 1990 bedeutsam sind. Neben Ehegatten- und Familiennachzug, der auch schon vor 1990 eine Rolle spielte, kommen neue Gruppen von meist temporären Zuwanderern dazu, wie Arbeitsmigranten und Personen, die zum Zwecke des Studiums einreisen. Grundlage der Darstellung sind wiederum die entsprechenden deutschen Statistiken.

2.3.1 Ehegatten- und Familiennachzug aus Polen nach 1990

Während Ehegatten- und Familiennachzug – unter dem in Polen, wie schon erwähnt wurde, auch ein Großteil der Aussiedleremigration subsumiert wurde (vgl. Korcelli 1996: 248) – vor dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems die einzige Möglichkeit war, legal dauerhaft aus Polen auszureisen, ist diese Migrationsart nach der politischen Wende in Polen bis zu Polens EU-Beitritt nun die fast einzige Möglichkeit, dauerhaft legal nach Deutschland einzureisen.

Abbildung 03: Ehegatten- und Familiennachzug aus Polen



Quelle: Auswärtiges Amt, eigene Zusammenstellung

Seit 1996 kann diese Form der Zuwanderung über die Visastatistik des Auswärtigen Amtes quantitativ relativ gut¹³ erfasst werden, und es liegen somit Angaben über die Größe dieser Zuwanderergruppe vor. Extra ausgewiesen für die Gruppe der Polen werden diese Zahlen aber nur für die Jahre 1998 bis 2003. Die Anzahl der Anträge auf Ehegatten- oder Familiennachzug, die in deutschen Botschaften in Polen genehmigt wurden, steigt bis 2002 auf über 3.000 an, bevor sie im Jahr 2003 leicht zurückgeht. Den größten Anteil macht jeweils der Zuzug von Ehefrauen und Kindern aus, während Männer, die zu ihren Ehefrauen nach Deutschland nachziehen, nur eine relativ kleine Gruppe bilden.

13 Die Visastatistik gibt nur Auskunft über die Anzahl der genehmigten Anträge auf Ehegatten- oder Familiennachzug pro Botschaft und nicht über die Staatsangehörigkeit des Antragstellers. Es ist zwar anzunehmen, dass die Anzahl der Personen, die in einer deutschen Vertretung in Polen einen Antrag auf Ehegatten- oder Familiennachzug stellen und nicht die polnische Staatsangehörigkeit haben, relativ gering ist, aber dennoch kann es sein, dass der Zuzug von Polen etwas überschätzt wird. Auf der anderen Seite gehen Personen, die mit Touristenvisum einreisen und dann in Deutschland einen Antrag auf Ehegatten- oder Familiennachzug stellen, nicht in die Visastatistik mit ein. Ebenfalls nicht in die Statistik gehen Fälle ein, in denen sonstige Familienangehörige aufgrund der Härtefallregelung nach Deutschland einreisen dürfen. Die Zahl der im Rahmen der Ehegatten- und Familienzusammenführung eingereisten Personen mit polnischer Staatsangehörigkeit liegt in der Realität also vermutlich nicht niedriger, sondern sogar etwas höher als dies die Zahlen der Visastatistik ausweisen.

Die Zahlen des Jahres 2004 sind nicht mit den Zahlen der Vorjahre vergleichbar, da Polen seit dem EU-Beitritt kein Visum zum Zweck der Familienzusammenführung mehr beantragen müssen und daher auch nicht mehr in die Visastatistik eingehen. Allerdings wird seit 2006 Familiennachzug im Ausländerzentralregister statistisch erfasst. Laut dieser Datenquelle wanderten im Jahr 2006 insgesamt 1.054 Polen im Rahmen des Familiennachzugs nach Deutschland ein. Einen Großteil machen hierbei Ehegatten aus, die zu einem deutschen Partner zuziehen (vgl. Bundesministerium des Innern 2007: 272f.). Allerdings trifft es auch auf die statistische Erfassung im Ausländerzentralregister zu, dass die verpflichtende Erfassung des Familiennachzugs nur für Drittstaatsangehörige gilt und der Familiennachzug von EU-Bürgern daher statistisch eigentlich nicht erfasst werden kann (vgl. Haug/Pointner 2007: 377). Die ausgewiesenen Zahlen für Polen stellen daher nur eine Untergrenze dar und unterschätzen das tatsächliche Phänomen mit relativ großer Sicherheit.

2.3.2 Neue Arbeitsmigration aus Polen

Im Vergleich zum Ehegatten- und Familiennachzug machen temporäre Arbeitsaufenthalte einen zahlenmäßig weitaus bedeutsameren Teil des polnisch-deutschen Migrationsgeschehens nach 1990 aus.

Seit dem Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer im November 1973 gab es für Angehörige von Drittstaaten¹⁴ kaum eine Möglichkeit, zum Zweck der Arbeitsaufnahme in die BRD einzureisen. Ende der 1980er Jahre wurde dieser Anwerbestopp jedoch gelockert, insbesondere da in bestimmten Branchen, wie etwa der Landwirtschaft und dem Hotel- und Gaststättengewerbe, Arbeitskräftemangel herrschte. Darüber hinaus spielten bei der Lockerung der Einreisebestimmungen gegenüber verschiedenen ost- und mitteleuropäischen Staaten auch politische Gründe eine Rolle. So wollte Deutschland einerseits den politischen Wandel unterstützen, andererseits sollte so aber auch der Migrationsdruck aus dem Osten kanalisiert werden (vgl. Bundesministerium des Innern 2005: 64f.; Golinowska 1999: 251; Rudolph 1996: 178).

Die meisten Personengruppen, die trotz des Anwerbestopps in Deutschland arbeiten dürfen, sind in der Anwerbestoppausnahmereverordnung (ASAV) definiert.

14 Zwar ist Polen seit 1. Mai 2004 Mitgliedsstaat der EU, aber für polnische Staatsbürger galt für eine siebenjährige Übergangszeit noch nicht die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit. Daher trafen für Polen auch nach dem 1. Mai 2004 in den meisten Bereichen die gleichen Regelungen wie für Angehörige von Drittstaaten zu.

Darunter finden sich z.B. Grenzgänger, Gastarbeitnehmer, Wissenschaftler in Forschung und Lehre oder Seelsorger für ausländische Arbeitnehmer.¹⁵ Erfasst werden hierbei nicht Personen, die auf Grundlage der einzelnen Paragraphen in Deutschland arbeiten, sondern nur die erteilten Arbeitsgenehmigungen. Die Differenzierung nach Staatsangehörigkeiten zeigt, dass Polen jeweils zu den größten Nationalitätengruppen gehören, die solche Arbeitsgenehmigungen erhalten (für die genauen Zahlen für das Jahr 2004 vgl. Bundesministerium des Inneren 2005: 150f.; für die Jahre 2005 und 2006 vgl. Bundesministerium des Innern 2007: 255ff.).

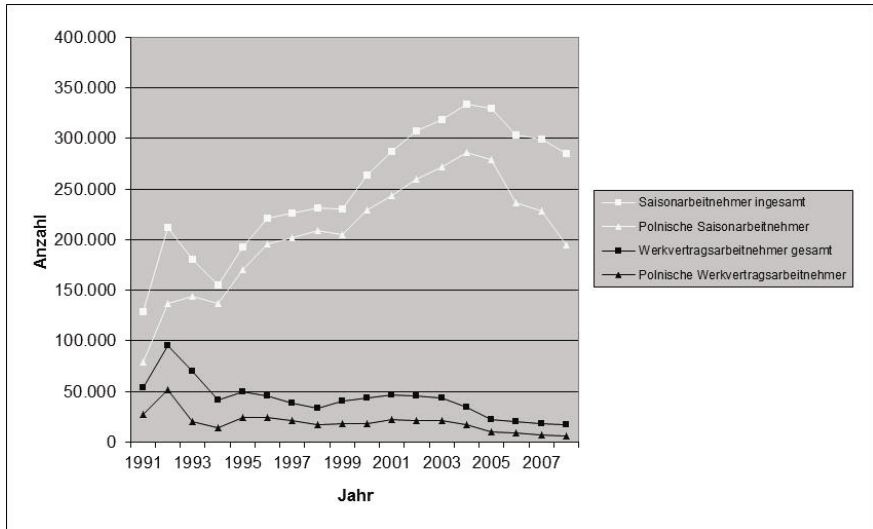
Im Folgenden wird die Entwicklung für die zwei quantitativ bedeutsamsten Arbeitnehmergruppen aus Polen, für die Ausnahmeregelungen vorliegen, dargestellt. Hierbei handelt es sich um Saisonarbeitnehmer und Werkvertragsarbeitnehmer. Grundlage der Beschäftigung sind jeweils bilaterale Abkommen zwischen Deutschland und verschiedenen mittel- und osteuropäischen Ländern, wobei Polen jeweils den größten Teil der Arbeitnehmer stellt. So waren im Jahr 2005 45,9 Prozent der Werkvertragsarbeitnehmer und 84,7 Prozent der Saisonarbeitnehmer (inklusive Schaustellergehilfen) aus Polen.

Während Saisonarbeitnehmer nur bis zu drei Monate im Jahr in Deutschland arbeiten dürfen (seit 2005 auch bis zu 4 Monate) und hauptsächlich in der Landwirtschaft beschäftigt sind, können Werkvertragsarbeitnehmer zwei, in Ausnahmefällen sogar drei Jahre in Deutschland arbeiten. Allerdings sind Werkvertragsarbeitnehmer verpflichtet, nach einem Arbeitsaufenthalt in Deutschland mindestens die gleiche Zeit im Herkunftsland zu verbringen, bevor sie wieder zu einem temporären Arbeitsaufenthalt als Werkvertragsarbeitnehmer in Deutschland zugelassen werden. Für Saisonarbeitnehmer gilt diese Einschränkung grundsätzlich nicht, sodass es möglich ist, auch in mehreren aufeinander folgenden Jahren als Saisonarbeitnehmer in Deutschland zu arbeiten (vgl. Bundesministerium des Inneren 2005: 64ff.).

Abbildung 4 zeigt die quantitative Entwicklung von Saisonarbeitnehmern und Werkvertragsarbeitnehmern seit 1991. Neben den an Polen erteilten Arbeitsgenehmigungen werden hierbei auch die insgesamt erteilten Arbeitsgenehmigungen dargestellt, um den Anteil der polnischen Migration an der neuen Arbeitsmigration insgesamt zu verdeutlichen.

15 Eine vollständige Übersicht über die Ausnahmetatbestände der Anwerbestoppausnahmereverordnung findet sich z.B. im Migrationsbericht der Bundesregierung (vgl. Bundesministerium des Innern 2005: 68).

Abbildung 04: Neue Arbeitsmigration insgesamt und aus Polen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit; eigene Zusammenstellung

Bei der Anzahl der legalen temporären Wanderungen lässt sich bis zum Jahr 2004 ein fast kontinuierlicher Anstieg erkennen. Im Jahr 2004 stieg die Zahl der temporären Beschäftigungsverhältnisse polnischer Arbeitnehmer in Deutschland hierbei erstmals über 300.000, darunter 286.623 Saisonarbeiter. Da die Beschäftigung von Polen über Werkverträge einer Kontingentierung unterliegt und die Zahlen in diesem Bereich sogar zurückgehen, weil die Kontingente im Bereich der Werkvertragsbeschäftigung gekürzt wurden, ist der Anstieg der temporären Arbeitsmigration vor allem auf eine Zunahme der Saisonarbeit zurückzuführen.

Seit 2005 allerdings sinkt die Zahl der legalen temporären Wanderungen. Dies könnte damit zusammenhängen, dass seit dem Beitritt Polens zur EU für polnische Saisonarbeiter eine geänderte Versicherungspflicht besteht, welche sich sowohl für deutsche Arbeitgeber als auch für Polen, die in ihrer Heimat ebenfalls beschäftigt sind, finanziell negativ auswirkt. Deutsche Arbeitgeber greifen daher verstärkt auf Saisonarbeiter aus Ländern zurück, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht Mitglied der EU waren (so steigt etwa die Anzahl rumänischer Saisonarbeiter von 1999 bis 2006 kontinuierlich stark an). Darüber hinaus wurde im Dezember 2005 vom Bundesarbeitsministerium eine Verordnung erlassen, nach der „für die Jahre 2006 und 2007 nur 80% der ausländischen Saisonbeschäftigung des Jahres 2005 zulässig sind“ (Hönekopp 2007: 71).

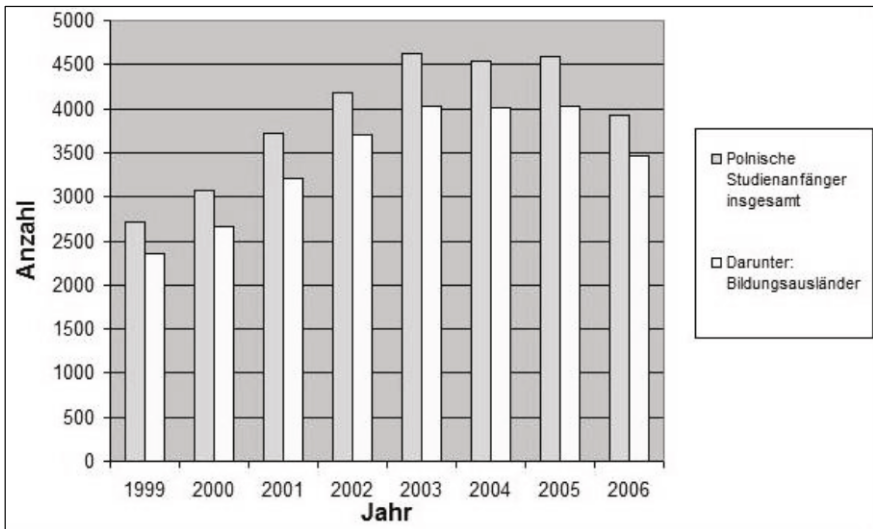
Neben diesen Restriktionen von deutscher Seite ist der Rückgang polnischer Saisonarbeit vermutlich auch darauf zurückzuführen, dass polnische Arbeitsmigranten zunehmend Alternativoptionen (z.B. Migration nach England oder Irland) nutzen. So ist etwa nach den Daten des Labour Force Survey seit 2004 der Anteil an Polen, die nach England migrieren, sehr stark angestiegen. Im dritten Quartal des Jahres 2005 war der Anteil der Polen, die nach England migrieren dabei erstmals größer als der Anteil an Polen, die nach Deutschland wandern (vgl. Kępńska 2006: 36ff.). Auch im Jahr 2007 scheint sich dieser Trend fortzusetzen, sodass deutsche Landwirte bereits darüber klagen, dass sie nicht genügend polnische Saisonarbeitnehmer rekrutieren können (vgl. u.a. Eppelsheim 2007; Strauss 2007).

Neben den Personengruppen, die aufgrund der Ausnahmetatbestände der Anwerbestoppausnahmereverordnung zu Arbeitszwecken nach Deutschland einreisen können, gibt es noch einige weitere Gruppen von Arbeitsmigranten aus Polen. Quantitativ bedeutsam sind hier etwa Haushaltshilfen (ca. 1.500 Vermittlungen pro Jahr), die seit dem Jahr 2005 in Deutschland beschäftigt werden können (vgl. Bundesministerium des Innern 2007: 260), oder IT-Fachkräfte (bis Ende des Jahres 2004 insgesamt 909 Polen), die aufgrund einer im Jahr 2000 verabschiedeten Verordnung in Deutschland arbeiten dürfen. Letztere bekommen zunächst für fünf Jahre eine Arbeitserlaubnis, nach deren Ablauf unter bestimmten Umständen eine zeitlich und räumlich unbeschränkte Niederlassungserlaubnis beantragt werden kann (vgl. Bundesministerium des Innern 2005: 77f.).

2.3.3 Ausländische Studierende

Seit der politischen Wende in Polen wird neben der Möglichkeit der temporären Arbeitsmigration von Polen auch vermehrt die Gelegenheit genutzt, in Deutschland zu studieren.

Abbildung 05: Polnische Studienanfänger



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Darstellung

Wie Abbildung 5 zeigt, steigt die Zahl der polnischen Studienanfänger bis 2003 kontinuierlich an. Im Jahr 2004 ist erstmals ein leichter Rückgang festzustellen. Insgesamt machen Polen im Jahr 2006 unter den Bildungsausländern¹⁶ 6,5 Prozent aller Studienanfänger aus und bilden damit nach den Chinesen die zweitgrößte Gruppe (vgl. Bundesministerium des Innern 2007: 250).

Insgesamt ist der Anteil der Bildungsinländer an den polnischen Studienanfängern relativ gering und steigt in keinem Jahr über 14 Prozent. Die Mehrzahl der Polen, die in Deutschland ein Studium beginnen, reist also zu diesem Zweck nach Deutschland ein. Zwar benötigten polnische Studierende bis zum Beitritt Polens zur EU vor der Einreise ein Visum.

¹⁶ Bei der Erfassung ausländischer Studierender unterscheidet man Bildungsin- und Bildungsausländer. Bei Bildungsinländern handelt es sich um Personen, die über eine deutsche Hochschulzugangsberechtigung verfügen, also in der Regel in Deutschland das Abitur erworben haben und oftmals sogar in Deutschland geboren sind, aber nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Bildungsausländer sind Personen, die nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen, ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben haben und zum Zwecke des Studiums nach Deutschland einreisen (vgl. Bundesministerium des Innern 2007: 57). Der Anteil der Bildungsausländer an allen polnischen Studierenden lag im Wintersemester 2006/2007 mit 11.651 Personen bei 80,4 Prozent (vgl. a.a.O.: 251).

Allerdings wurden sie bei der Visavergabe als privilegierte Gruppe behandelt, und das Visaverfahren wurde in diesen Fällen in der Regel beschleunigt. Nach der Einreise erhalten ausländische Studierende für zwei Jahre eine befristete Aufenthaltserlaubnis, die jeweils um zwei weitere Jahre verlängert werden kann, bis das Studium beendet ist. Voraussetzung für diese Verlängerung ist u.a. das Vorhandensein ausreichender Mittel zur Sicherung des Lebensunterhaltes.

Seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes kann darüber hinaus die Aufenthaltserlaubnis auch nach erfolgreicher Beendigung des Studiums zum Zwecke der Arbeitsplatzsuche um bis zu ein Jahr verlängert werden (vgl. Bundesministerium des Innern 2005: 83ff.). Zudem wurde zum 9. Oktober 2007 die individuelle Vorrangprüfung für ausländische Absolventen deutscher Hochschulen abgeschafft, was den Zugang zum Arbeitsmarkt erheblich erleichtert (vgl. Bundesministerium des Innern 2007: 61).

2.4 Zusammenfassende Darstellung des Migrationsgeschehens und ein erster Ausblick auf die Entwicklungen nach der EU-Osterweiterung

Eine Betrachtung des polnisch-deutschen Migrationsgeschehens anhand der Darstellung einzelner Zuwanderergruppen ist notwendig, da sich diese in ihrer Aufenthaltssdauer, statistischen Erfassung und insbesondere auch hinsichtlich ihrer quantitativen Entwicklung stark unterscheiden. Eine alleinige Betrachtung der allgemeinen Zu- und Fortzugsstatistik würde nur einen weniger differenzierten Blick auf Migrationsbewegungen zwischen Polen und Deutschland zulassen. Dennoch sollen abschließend auch die allgemeinen Zu- und Fortzugsstatistiken betrachtet werden, nicht zuletzt, da die einzelnen Zuwanderergruppen aus Polen in unterschiedlicher Weise in diese Statistik eingehen.

2.4.1 Deutsche Zu- und Fortzugsstatistiken

Das größte Problem bei der Betrachtung der allgemeinen Zuzugszahlen von Polen nach Deutschland liegt darin, dass Deutschland über keine Außenwanderungsstatistik im eigentlichen Sinne verfügt, sondern lediglich „die gemeldeten Wohnortwechsel (Zu- und Fortzüge) deren Ausgangs- oder Zielpunkte außerhalb der Bundesrepublik liegen“ (Lederer 1997: 177) erfasst werden. Das heißt, es wird weder berücksichtigt, warum eine Person nach Deutschland einreist, noch wie lange sie hier bleiben will. Die Statistik gibt lediglich Angaben über Personen, die aus dem Ausland zuziehen und sich in Deutschland anmelden. Meldepflichtig sind seit dem 1980 in Kraft getretenen bundeseinheitlichen Melderechtsrahmengesetz

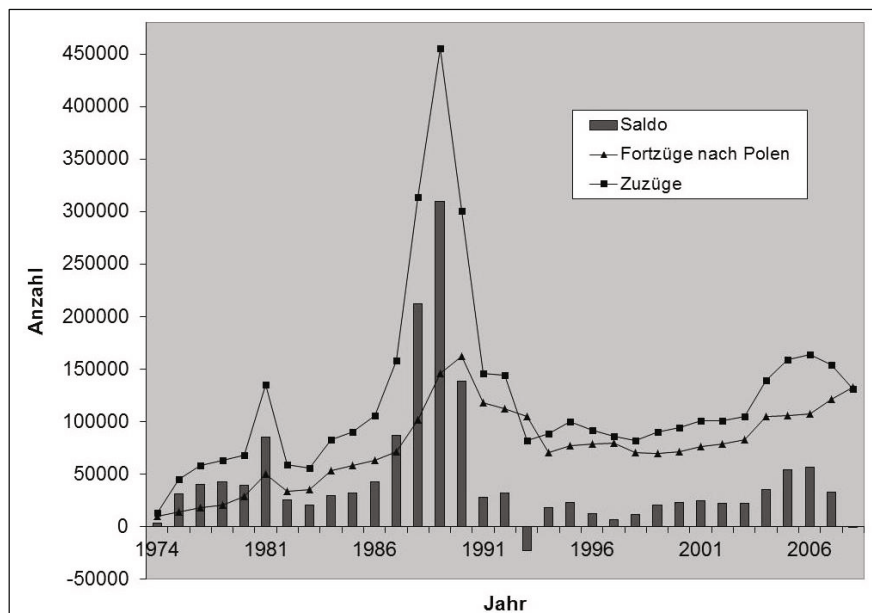
alle Personen, die länger als zwei Monate in der Bundesrepublik an einem Ort verweilen. Zudem sind Saisonarbeitnehmer unabhängig von der tatsächlichen Aufenthaltsdauer in vielen Bundesländern meldepflichtig (vgl. Bundesministerium des Innern 2005: 73).¹⁷ Das bedeutet konkret, dass ein großer Teil der Saisonarbeitnehmer sowie Personen, die in sogenannten Werkunterkünften wohnen, in die Zuzugsstatistik eingehen, obwohl sie sich nicht dauerhaft in Deutschland niederlassen.

Darüber hinaus handelt es sich bei der Erfassung der Zu- und Fortzüge um eine Fall- und keine Personenstatistik. Das heißt, dass eine Person, die mehrmals im Jahr für länger als zwei Monate nach Deutschland einreist, auch mehrmals in die Statistik eingeht. Aus diesem Grund werden sehr viele Zuzüge, aber auch sehr viele Fortzüge registriert. Der aussagekräftigste Indikator für langfristige Migration bildet daher das Saldo, welches sich aus der Differenz der Zu- und Fortzüge ergibt.

Wie auch schon bei der Aussiedlerzuwanderung und der Asylbewerberzuwanderung finden sich konsequenterweise in der allgemeinen Zuzugsstatistik die beiden Spitzen Anfang und ab Mitte der 1980er Jahre (vgl. Abbildung 6). Im Jahr 1993 wird das Saldo dann sogar negativ und pendelt sich danach bis 2003 auf einem relativ niedrigen, aber positiven Niveau ein. Seit 2004 steigen Zuzüge von Polen in die Bundesrepublik allerdings wieder an, ein Trend, der sich in den Jahren 2005 und 2006 fortsetzt. Diese Entwicklung ist deshalb besonders interessant, weil sich diese Steigerung bei der bisherigen Betrachtung der einzelnen Zuwanderergruppen nicht gezeigt hat und man aufgrund des quantitativen Rückgangs bei den verschiedenen Migrationsarten eher erwartet hätte, auch in der allgemeinen Zuzugsstatistik einen Rückgang der Einwanderung aus Polen zu finden.

17 In sechs Bundesländern bestehen für Saisonarbeitnehmer Ausnahmeregelungen, sodass sie sich nicht in Deutschland anmelden müssen, wenn sie nur einen bzw. zwei Monate in Deutschland arbeiten (vgl. Bundesministerium des Innern 2005: 73).

Abbildung 06: Zuzüge von Polen und Fortzüge nach Polen



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Darstellung

Auch eine Betrachtung der in Deutschland gemeldeten Polen anhand der Daten des Ausländerzentralregisters (AZR) zeigt, dass die Anzahl der in Deutschland lebenden Polen¹⁸ steigt. Während im Jahr 2004 nur knapp 292.000 Polen in Deutschland gemeldet waren, waren es im Jahr 2005 schon fast 327.000 und im Jahr 2006 ca. 362.000. Insgesamt also ein Anstieg um 70.000 gemeldete Personen. Auch der Anteil der Polen an der ausländischen Gesamtbevölkerung stieg von 4,35 auf 5,36 Prozent an (vgl. Bundesministerium des Innern 2007: 297ff.; eigene Berechnungen). Anhand des AZR lassen sich auch Angaben über die Nachhaltigkeit der Zuwanderung treffen, da hier anders als in der Meldestatistik die Aufenthaltsdauer erfasst wird (vgl. a.a.O.: 33f.): Von den 147.716 im Jahr 2005 zugezogenen Polen verblieben 41.197 für eine Aufenthaltsdauer von mindestens einem Jahr in Deutschland. Hiermit machen Polen in diesem Jahr 18,1 Prozent aller

18 Betrachtet werden hierbei nur Personen, die in Deutschland leben und die polnische Staatsbürgerschaft haben. In der Literatur finden sich gelegentlich auch andere Definitionen. So wird z.B. von Personen gesprochen, die ursprünglich aus Polen stammen, polnisch sozialisiert sind oder sogar von Personen, die sich als Polen fühlen (vgl. z.B. Wolff-Powęska/Schulz 2000a: 1; zu verschiedenen Definitionen siehe auch Lesiuk/Trzcielinska-Polus 2000).

„Long-term-migrants“ (a.a.O.: 33) in Deutschland aus und stellen somit die größte Nationengruppe, gefolgt von türkischen Zuwanderern (8,7 Prozent).

Es ist ein bekanntes Problem der Melderegister, dass Personen, die längst in ihr Heimatland zurückgekehrt oder in ein anderes Land weitergewandert sind, sich jedoch nicht bei den deutschen Behörden abgemeldet haben, immer noch in diese Statistik eingehen. Und je größer die Zahl der Polen ist, die nach Deutschland einreisen, desto größer ist auch die potentielle Anzahl derer, die sich nicht wieder abmelden; es erscheint aber nicht plausibel, die steigende Zahl der in Deutschland lebenden polnischen Personen alleine auf diese Tatsache zurückzuführen. Andererseits haben die bisherigen Ausführungen auch gezeigt, dass sich dieser Anstieg weder auf Aussiedler- oder Asylbewerberzuzug noch auf die vermehrte Einreise von Studenten oder temporären Arbeitsmigranten zurückführen lässt. Daher soll im folgenden Kapitel der Frage nachgegangen werden, welche Personengruppen den Anstieg des polnischen Bevölkerungsanteils verursachen.

2.4.2 Selbstständigkeit als Motor der polnisch-deutschen Zuwanderung?

Neben der Möglichkeit, dass das Anwachsen der polnischen Migrantengruppe in Deutschland einfach als Ergebnis der Personenfreizügigkeit gewertet werden könnte (vgl. hierzu auch Hönckopp 2007: 61f.), ist es auch denkbar, dass seit dem Beitritt Polens zur EU vermehrt Polen von der Niederlassungsfreiheit sowie von der Dienstleistungsfreiheit¹⁹ Gebrauch machen und auf diesem Wege dauerhaft nach Deutschland einreisen bzw. ihren Aufenthalt in Deutschland legalisieren. Da Personen, die sich in Deutschland als Selbstständige niederlassen, ihr Handwerk bei der zuständigen Handwerkskammer anmelden müssen, kann man zumindest

19 Die Freizügigkeit im Dienstleistungsbereich ist nur teilweise eingeschränkt, z.B. im Bereich der Gebäudereinigung und im Baugewerbe. Andere Bereiche (etwa Pflegedienstleistungen, Autoreparatur, Übersetzungsdienste) unterliegen keinen Einschränkungen. Zudem gelten die Einschränkungen in der Dienstleistungsfreiheit nur für Unternehmer mit Arbeitnehmern. Wenn der Dienstleister die Arbeiten in eigener Person durchführt, dann liegen auch für Gebäudereinigung und Baugewerbe keine Beschränkungen vor, sodass beispielsweise ein Dachdecker oder Maurer uneingeschränkt als Selbstständiger in Deutschland arbeiten darf. Auch vor Polens Beitritt zur EU war es möglich, als polnischer Bürger unter bestimmten Umständen ein Unternehmen in Deutschland zu gründen (vgl. z.B. Miera 1996 für diese Zuwanderungsform nach Berlin). Allerdings war mit der Unternehmensgründung nicht zugleich die dauerhafte Übersiedelung nach Deutschland erlaubt. Diese musste zusätzlich beantragt werden. Miera (a.a.O.: 27ff.) kommt – zumindest für das Beispiel Berlin – jedoch zu der Einschätzung, dass die meisten der Unternehmensgründer es vorzogen zu pendeln, und dass somit diese Zuwanderungsform insgesamt quantitativ eher unbedeutend war.

die ungefähre Untergrenze dieses Phänomens²⁰ angeben. Nach den Angaben des Zentralverbandes des deutschen Handwerks wurden vom 1. Mai 2004 bis zum 31. Dezember 2006 insgesamt 22.538 Handwerksbetriebe mit Inhabern aus den zehn EU-Beitrittsländern gegründet (vgl. Ochel 2007: 46).²¹ Der Großteil dieser Anmeldungen wird von Polen vorgenommen und konzentriert sich auf deutsche Großstädte, wie z.B. München, Berlin, Frankfurt am Main, Düsseldorf oder Hamburg (vgl. Hönekopp 2007: 76; Nowicka/Zielińska 2007: 180; Ochel 2007: 45). So wurden etwa in München von 1.231 im Jahr 2005 neu entstandenen Betrieben aus den Beitrittsländern 936 von Polen angemeldet (Nowicka/Zielińska 2007: 180). Auch bei den Gewerbeanmeldungen aus den EU-Beitrittsstaaten scheinen Polen überrepräsentiert zu sein. In Berlin stieg beispielsweise die Zahl der Gewerbeanmeldungen von polnischen Staatsangehörigen von 289 im Jahr 2003 auf 2.732 im Jahr 2004 (vgl. Gäding 2005: 19). Inwieweit es sich bei diesen Selbstständigen größtenteils um Personen handelt, die schon vorher legal (oder illegal) in Deutschland gelebt und gearbeitet haben, und die Selbstständigkeit daher sogar als „Zeichen der Integration“ (Nowicka/Zielińska 2007: 180) gewertet werden kann, oder ob vermehrt Polen nach Deutschland einreisen, um sich hier selbstständig zu machen, kann beim momentanen Stand der Forschung nicht abschließend geklärt werden.²² Auch über Freiberufler, die nicht der Gewerbeordnung unterliegen und daher nicht in die Statistiken der Gewerbeämter eingehen, liegen bislang keine Informationen vor. Darüber hinaus trifft auch auf Personen, die in Deutschland ein Gewerbe anmelden, die Beobachtung zu, dass sie sich zwar anmelden, dass manche sich aber nicht wieder abmelden, wenn das Geschäft nicht gut läuft und sie nach Polen zurückkehren (vgl. ebd.).

20 Genaue Angaben können nicht gemacht werden, da nicht in allen Behörden die Staatsangehörigkeit erfasst wird, sondern oftmals lediglich die Tatsache, ob eine Person aus den neuen oder den alten EU-Mitgliedsstaaten kommt.

21 Ochel (2007: 45f.) zeigt sich verwundert über die – seiner Meinung nach – relativ geringen Zahlen, insbesondere da Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, die in Deutschland als Selbstständige tätig sind, relativ rasch Zugang zum deutschen Sozialsystem erhalten (vgl. a.a.O.: 43ff.). Ein Grund für diese unerwartet niedrige Zuwanderung von Selbstständigen dürfte sicherlich die Möglichkeit sein, dass Betriebe in den Beitrittsländern ihre eigenen Mitarbeiter nach Deutschland entsenden, um dort grenzüberschreitende Dienstleistungen zu erbringen. Durch diese Vorgehensweise können nicht nur höhere Gewinne erzielt, sondern auch noch die Kosten einer Niederlassung in Deutschland vermieden werden (vgl. hierzu Dietz 2007: 31).

22 Die von allen Bezirken in Berlin berichtete Praxis, dass Polen teilweise sogar mit Bussen zu den Gewerbeämtern gefahren werden und dann oftmals mehrere Personen an derselben Adresse ein Gewerbe anmelden (vgl. Gäding 2005: 19), lässt aber vermuten, dass zumindest ein Teil der sich selbstständig meldenden Personen explizit zu diesem Zweck nach Deutschland einreist. Interessant wäre in diesem Zusammenhang auch die Frage, welche Rolle professionelle Vermittlungsagenturen in Polen bei der Organisation solcher Reisen zum Zwecke der Gewerbeanmeldung spielen.

Generell lässt sich also festhalten, dass die statistische Erfassung von Migranten, die zum Zweck der Ausübung einer selbständigen Tätigkeit nach Deutschland einreisen, äußerst ungenügend ist, und dass dieser Migrantengruppe bislang relativ wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Dies zeigt auch ein Blick in die einschlägige Literatur zur statistischen Erfassung von Migration, in der die Zuwanderung von Selbstständigen nicht gesondert thematisiert (vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2004; Bundesministerium des Innern 2005; Lederer 2004) oder nur im Zusammenhang mit der Vergabe einer Aufenthaltserlaubnis für Drittstaatsangehörige diskutiert wird (vgl. Bundesministerium des Innern 2007: 82f.). Im Hinblick auf den starken Anstieg der polnischen Bevölkerung in Deutschland seit 2004, der sich sehr wahrscheinlich zu einem gewissen Teil auf die Zuwanderung von Selbstständigen zurückführen lässt, wäre eine genauere Betrachtung dieser Zuwanderergruppe von großem Interesse.

2.4.3 Unregistrierte Migration

Wie in den vorstehenden Kapiteln gezeigt wurde, gelingt es deutschen Statistiken, einen Teil des polnisch-deutschen Migrationsgeschehens abzubilden, wobei die Qualität der Datenerfassung je nach Migrantengruppe stark variiert. Es konnte ebenfalls gezeigt werden, dass Personen, die dauerhaft nach Deutschland einreisen und nicht als (Spät-)Aussiedler, Werkvertragsarbeitnehmer o.Ä. registriert werden, zumindest in der allgemeinen Zuzugsstatistik auftauchen, auch wenn sonst über diese Personen keine genaueren Angaben gemacht werden können.

Völlig anders sieht dies bei Personen aus, die nicht in Deutschland gemeldet sind und sich daher ohne legalen Status in Deutschland aufhalten. Diese Personen tauchen weder in den verschiedenen Statistiken der einzelnen Zuwanderergruppen noch in der allgemeinen Zuzugsstatistik auf. Zwar können daher auch kaum quantitative Aussagen über das Ausmaß unregistrierter Migration getroffen werden, aber gerade für das deutsch-polnische Migrationsgeschehen wurde und wird von einer enormen Bedeutung illegaler Aufenthalts- und Beschäftigungsformen ausgegangen (vgl. z.B. Cyrus 1995b; 2008; Cyrus/Vogel 2006; Miera 1996; 1997; Morokvasic 1994; Neuhaus et al. 2009; Okólski/Stola 1999).²³

23 Es ist anzumerken, dass sich Polen seit dem Beitritt Polens zur EU aufgrund der weitgehenden Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union nur in Einzelfällen illegal in Deutschland aufhalten können (vgl. Worbs 2005: 8). Melden sich EU-Bürger nicht bei den Meldebehörden in Deutschland an, begehen sie zwar eine Ordnungswidrigkeit, aber es liegt kein Straftatbestand mehr vor (vgl. Lederer 2004: 172). Allerdings können Polen weiterhin illegal in Deutschland beschäftigt

Wer sich per Definition illegal in Deutschland aufhält, also über keinen rechtlichen Aufenthaltstitel verfügt und damit kein Recht zum Aufenthalt in der Bundesrepublik hat, ist abhängig von der nationalen Gesetzgebung und somit nicht ein für alle Mal festgeschrieben. Beispielsweise weist Cyrus (1999: 221) darauf hin, dass nach der politischen Wende in Osteuropa ein großer Teil jener Menschen als illegal eingestuft wurde, die noch in den 1980er Jahren „als Flüchtlinge aus dem Machtbereich des Kommunismus“ willkommen geheißen worden waren.

Oftmals wird der unerlaubte Aufenthalt eines Ausländers automatisch auch mit einer illegalen Einreise in Verbindung gebracht. Dies muss jedoch nicht unbedingt der Fall sein. So kann ein unerlaubter Aufenthalt auch entstehen, indem eine zugelassene Aufenthaltsdauer in Deutschland überschritten wird. Eine Person, die beispielsweise legal mit einem Touristenvisum einreist, aber länger in Deutschland bleibt als ihr aufenthaltsrechtlich erlaubt ist, befindet sich dann illegal im Bundesgebiet. Eng zusammenhängend mit dem Phänomen der illegalen Migration bzw. des illegalen Aufenthaltes ist das Phänomen der illegalen Beschäftigung. Personen, die sich illegal in Deutschland aufhalten, können automatisch auch nur einer illegalen Beschäftigung nachgehen; in diesem Fall sprach man bis 2005 auch von „doppelter Illegalität“²⁴ (Lederer/Nickel 1997: 9ff.). Allerdings können auch Ausländer, die sich legal in Deutschland aufhalten, illegal beschäftigt sein.

Nach Worbs (2005: 8f.) lassen sich drei Hauptformen illegaler Migration festhalten:²⁵

1. EU-Bürger, die sich eigentlich nicht illegal in Deutschland aufhalten können, aber illegal in Deutschland arbeiten.
2. Ausländer, die legal einreisen, ihren legalen Aufenthalt dann aber überziehen oder illegal eine Arbeit aufnehmen.
3. Personen, die illegal nach Deutschland einreisen.

Im Zeitverlauf besaßen bzw. besitzen alle diese drei Formen illegaler Migration für das deutsch-polnische Migrationsgeschehen Relevanz. Eine illegale Einreise nach Deutschland war für Polen bis 1991 von größerer Bedeutung, danach waren Formen des illegalen Aufenthaltes und der illegalen Beschäftigung vorherrschend.

sein, auch wenn davon auszugehen ist, dass die EU-Osterweiterung zumindest zu einem prozentualen Rückgang des Anteils illegaler Beschäftigungsverhältnisse an allen Beschäftigungsverhältnissen im Ausland geführt hat (vgl. Kaczmarczyk/Okólski 2008: 63).

24 Mit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes am 1. Januar 2005 ist diese Bezeichnung hinfällig, da das sog. „One stop government“ eingeführt wurde und Aufenthaltstitel und Ausübung einer Erwerbstätigkeit nun miteinander verknüpft sind (Worbs 2005: 4).

25 Berücksichtigt man zusätzlich den jeweiligen migrationsspezifischen Hintergrund, dann können insgesamt mindestens 16 verschiedene Muster illegaler Migration unterschieden werden (vgl. Lederer/Nickel 1997: 16ff.; Lederer 2004: 167ff.).

Nach Polens Beitritt zur EU sind nur noch illegale Beschäftigungsformen relevant, „da die Bürger der am 01.05.2004 der Europäischen Union beigetretenen Staaten zumindest aufenthaltsrechtlich legalisiert wurden“ (a.a.O.: 7).

Von besonderer quantitativer Bedeutung sind im Rahmen der polnisch-deutschen Wanderung vermutlich ehemalige Werkvertrags- oder Saisonarbeitnehmer, die nach Ablauf ihrer regulären Beschäftigung zu Arbeitszwecken in Deutschland bleiben, sog. „Over-Stayer“ (Miera 1996: 41).²⁶ Auch der Typ der „illegalen Pendlermigration“ oder des „Arbeitstourismus“ ist wohl insbesondere für die Migration von Polen nach Deutschland charakteristisch. Hierbei handelt es sich um Personen, die (wiederholt) für kurze Zeit nach Deutschland kommen, um einer illegalen Beschäftigung nachzugehen (vgl. z.B. Cyrus 1995b; 2007; Cyrus et al. 2004: 65; Miera 1997: 243ff.; Morokvasic 1994). Typische Arten der Beschäftigung sind Tätigkeiten im privaten Dienstleistungssektor und Gaststättengewerbe sowie im Baugewerbe und in der Landwirtschaft.²⁷ Dabei scheint der Aufenthalt ausschließlich der Verbesserung der ökonomischen Situation der Migranten in Polen zu dienen, und ein permanenter Aufenthalt in Deutschland wird in vielen Fällen nicht angestrebt, da der Lebensmittelpunkt in Polen bleibt. Pendelmigration wird somit „eine Strategie, um zu Hause bleiben zu können“ (Morokvasic 1994: 185).²⁸ Miera (1997: 244) weist allerdings darauf hin, dass von einigen polnischen Pendelmigranten die dauerhafte Niederlassung in Deutschland als Strategie nicht ausgeschlossen wird (zu dieser Thematik vgl. auch Cyrus 2008).

Wie schon erwähnt, lassen sich Angaben über das Ausmaß illegaler Migration nur schwer machen, da Personen, die unerlaubt nach Deutschland einreisen bzw. in der Bundesrepublik leben, in der Regel nicht statistisch erfasst werden. Auch

26 Anhand der von Cyrus (1997) dargestellten Praktiken von Arbeitgebern bei der Beschäftigung von Werkvertragsarbeitnehmern wird deutlich, dass Arbeitnehmer teilweise auch unverschuldet in illegale Beschäftigungsverhältnisse gelangen, indem sie zwar über eine Arbeitserlaubnis verfügen, dann jedoch auf Baustellen geschickt werden, für die ihre Arbeitserlaubnis nicht gilt. Zu weiteren Strategien zur illegalen Beschäftigung von Werkvertragsarbeitnehmern siehe auch Sieveking et al. 1997 sowie Miera 1996: 36f..

27 Eine besonders häufige Tätigkeit war auch der Handel von Waren, z.B. auf den sog. „Polenmärkten“ (vgl. hierzu z.B. Iglicka 2000: 68; Irek 1998). Dieses Phänomen, das Ende der 1980er Jahre einsetzte, ist inzwischen aber kaum noch von Bedeutung (vgl. Alscher et al. 2001: 25; Glorius 2007: 97).

28 Besonders deutlich wird dies bei polnischen Frauen, die im Dienstleistungsbereich, meist in privaten Haushalten, tätig sind. Es wurde ein System des Jobsharings entwickelt, das es den Frauen ermöglicht, abwechselnd ihren familiären und etwaigen beruflichen Verpflichtungen in Polen nachzukommen und in Deutschland zu arbeiten (vgl. Irek 1998: 64; Lewandowska/Elrick 2007: 260f.; Morokvasic 1994: 183). Wie dieses Beispiel schon zeigt, sind für die Vermittlung der Tätigkeiten im Rahmen der illegalen Pendelmigration soziale Netzwerke von besonderer Bedeutung (vgl. Irek 1998: 78; Morokvasic 1994: 176; ausführlich hierzu Müntst 2007: 165ff.).

der Forschung gelingt es nur sehr eingeschränkt, den Bereich der illegalen Migration zu untersuchen (vgl. hierzu z.B. anschaulich Alt 1999: 30f.; für einen Überblick über den Forschungsstand vgl. Schönwälder et al. 2004) – dies zum einen, weil der Zugang zum Feld grundsätzlich nur schwer möglich ist (vgl. hierzu z.B. Vogel 1999), zum anderen, weil viele der Betroffenen auch Interviewern gegenüber ihren Aufenthaltsstatus geheim halten, nicht zuletzt, da sowohl die illegale Einreise als auch ein illegaler Aufenthalt in Deutschland als Straftatbestand gewertet werden (§95 AufenthG) (vgl. Bundesministerium des Innern 2005: 89).²⁹ Dazu kommt, dass die Anzahl von Ausländern ohne legalen Aufenthaltsstatus starken Schwankungen ausgesetzt ist, da gerade im Bereich der illegalen Pendelmigration das Ausmaß stark mit der saisonalen Nachfrage nach Arbeitskräften z.B. im Bereich der Landwirtschaft oder im Baugewerbe zusammenhängt (vgl. Lederer 2004: 185; Worbs 2005: 7). Dennoch tauchen immer wieder mehr oder weniger begründete Schätzungen auf, die Angaben über das Ausmaß dieses Phänomens liefern (für eine Auflistung verschiedener Schätzungen vgl. z.B. Lederer 2004: 180ff.). Die genannten Schätzungen belaufen sich von 500.000 bis zu 4,5 Millionen in Deutschland illegal aufhältiger Personen in den 1990er Jahren, wobei Lederer (vgl. a.a.O.: 182) kritisiert, dass in keiner der zitierten Schätzungen offengelegt wird, welche Modellannahmen und Methoden der jeweiligen Schätzung zugrunde gelegt wurden.

Lederer (2004: 187ff.) selbst kommt dann zu dem Ergebnis, dass für Deutschland eine valide Schätzung der Größenordnung des Phänomens der illegalen Migration „beim derzeitigen Erkenntnis- und Methodenstand ausgeschlossen“ ist (a.a.O.: 208; zu dieser Einschätzung vgl. auch Schönfelder et al. 2004: 27ff.).³⁰ Lederer schlägt daher eine Untergrenzenschätzung illegaler Migration im Zeitverlauf anhand multipler Indikatoren vor. Es soll also nicht der absolute Bestand bzw. die absolute Zu- und Abwanderung illegaler Migranten geschätzt werden,

29 Diese Schwierigkeiten können weitgehend vermieden werden, wenn die Migranten retrospektiv in ihrem Heimatland befragt werden, weil sie sich dann nicht mehr in der Illegalität aufhalten (vgl. hierzu z.B. auch Lederer 2004: 203f. und Vogel 1999: 181f.). Da diese Vorgehensweise bei der Untersuchung von Pendel- und Kurzzeitmigration besonders lohnenswert ist, wurde dieses Verfahren zur Erhebung der Daten, die dem empirischen Teil dieser Arbeit zugrunde liegen, angewandt (zu Details der Datenerhebung vgl. Kapitel 5.1).

30 In anderen Ländern existiert eine ältere Forschungstradition zu illegaler Migration (insbesondere in den USA), und es gibt vergleichsweise gute Schätzverfahren. Diese Methoden sind jedoch aus verschiedenen Gründen für Deutschland nicht anwendbar (vgl. genauer Lederer 2004: 187ff.). So wird etwa in einigen Ländern mithilfe von Daten der Legalisierungsprogramme versucht, den Bestand von Ausländern zu schätzen, die sich illegal im betreffenden Land aufhalten. In Deutschland gab es bisher jedoch noch keine solchen Programme zur Legalisierung. Weitere Schätzmethoden wären etwa Längsschnittvergleiche von Volkszählungsdaten in den Herkunftsländern oder die Sexualproportionsmethode. Diese Methoden sind jedoch nur aussagekräftig, wenn Migranten aus dem jeweiligen Land fast ausschließlich in ein einziges Zielland migrieren (vgl. a.a.O.: 193).

sondern lediglich eine „wissenschaftlich fundierte Tendenzaussage“ (ebd.) zur Entwicklung des Phänomens seit Anfang der 1990er Jahre getroffen werden. Für seine Schätzung verwendet er insgesamt zehn Indikatoren, wie etwa illegal Aufhältige in der polizeilichen Kriminalstatistik, Aufgriffe von illegal Eingereisten an den deutschen Grenzen oder Daten über Scheinehen und Urkundenfälschung.³¹ Lederer (a.a.O.: 212) kommt zu dem Schluss, dass seit Mitte der 1990er Jahre die Mindestanzahl von Menschen, die sich illegal in Deutschland aufhalten, bei ca. 100.000 liegen muss. Diese Untergrenze lässt sich anhand der polizeilichen Kriminalstatistik relativ valide schätzen. Über die absolute Größenordnung des Phänomens, die weit über diesem aufgedeckten Hellfeld liegt, können allerdings keine konkreten, sondern nur Trendangaben gemacht werden: Die einzelnen Indikatoren steigen von Anfang der 1990er Jahre bis Mitte der 1990er Jahre zum Teil stark an, um danach wieder leicht zurückzugehen (vgl. a.a.O.: 242).

Was sagen diese ohnehin schon relativ vagen Zahlen nun über die Anzahl von Polen aus, die sich illegal in Deutschland aufhalten bzw. die illegal dort arbeiten?

Zunächst einmal muss festgehalten werden, dass nicht alle Indikatoren, die zur Messung illegaler Migration insgesamt herangezogen werden können, für das illegale Migrationsgeschehen von Polen nach Deutschland von gleicher Bedeutung sind.³² Betrachtet man etwa die Aufgriffe von unerlaubt eingereisten Ausländern an deutschen Grenzen, dann sieht man, dass von 1991 bis 1996 zwar jeweils ca. 40 Prozent der Aufgriffe an der polnisch-deutschen Grenze stattfanden, dass die Zahl der polnischen Staatsangehörigen, die aufgegriffen wurden, jedoch selbst in dieser Zeit niemals über 3 Prozent stieg (vgl. Tabelle 1).

Dieser geringe Prozentsatz liegt darin begründet, dass es für Polen im Vergleich zu Angehörigen anderer Staaten, wie etwa aus der Ukraine oder Russland, relativ leicht war (und ist), legal nach Deutschland einzureisen.³³ Die Illegalität

31 Weitere Indikatoren sind an den Grenzen aufgegriffene Schleuser und Geschleuste, des Menschenhandels Tatverdächtige und Opfer des Menschenhandels, Daten zu Geldbußen und Strafanzeigen wegen illegaler Ausländerbeschäftigung, Schätzungen zum Umfang der Schwarzarbeit, Informationen von Mitarbeitern der Sozialbetreuung sowie weitere Indikatoren, unter die etwa Daten zum Gesundheitswesen, zu betrieblichen Unfällen oder zum Schulbesuch fallen. Eine Übersicht über die jeweiligen Indikatoren, deren Messeigenschaften sowie die quantitative Entwicklung seit 1990 findet sich bei Lederer (2004: 243f.).

32 Diese Einschätzung teilt auch Lederer (2004: 173), der daher vorschlägt, keine Gesamtschätzungen für illegale Migration im Allgemeinen, sondern Schätzungen für einzelne Personengruppen, z.B. untergetauchte Asylantragssteller oder illegal im Land verbliebene Werkvertragsarbeitnehmer vorzunehmen. Weitere zuverlässigere Schätzungen lassen sich vermutlich auch für einzelne Städte erstellen (vgl. z.B. Alt 1999; Alt 2003; für eine Übersicht siehe auch Krieger et al. 2006: 71).

33 Verglichen mit anderen Ostblockstaaten war die Visavergabe in Polen relativ einfach (vgl. Iglicka 2001b: 43; Pallaske 2002: 41ff.), und seit April 1991 dürfen Polen drei Monate visumfrei als

des Aufenthalts polnischer Migranten ergab sich folglich i.d.R. nicht aus der illegalen Einreise, sondern aus der Überziehung legaler Aufenthalte bzw. der Einreise, um illegal einer Beschäftigung nachzugehen.

Tabelle 01: Aufgriffe von unerlaubt eingereisten Ausländern an deutschen Grenzen

Jahr	Insgesamt	Grenzabschnitte zu Polen		mit polnischer Staatsangehörigkeit an Grenzabschnitten zu Polen	
		absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
1991	23587	9663	40,97	335	1,42
1992	44949	18981	42,23	--	--
1993	54298	19854	36,56	--	--
1994	31065	14788	47,60	497	1,60
1995	29604	14049	47,46	862	2,91
1996	27024	11171	41,34	791	2,93
1997	35205	8699	24,71	824	2,34
1998	40201	4847	12,06	733	1,82
1999	37789	2796	7,40	442	1,17
2000	31485	3293	10,46	438	1,39
2001	28560	2592	9,08	332	1,16
2002	22638	1974	8,72	255	1,13
2003	19974	2208	11,05	245	1,23
2004	18215	2277	12,50	--	--

Quelle: Bundesministerium des Innern 2005: 161ff.

Zur Schätzung der in Deutschland illegal aufhältigen Polen ist es daher von größerer Bedeutung, Statistiken über Personen zu betrachten, die gegen das Aufenthalts-, das Asylverfahrens- oder gegen das Freizügigkeitsgesetz der EU verstoßen. Tabelle 2 zeigt, dass die Größenordnung dieses Phänomens weit über jener der illegalen Einreise liegt.³⁴ Die meisten aufenthaltsrechtlichen Straftaten von Polen

Touristen nach Deutschland einreisen (vgl. OECD 1992: 109). Seit 1. Mai 2004 gilt darüber hinaus die Personenfreizügigkeit.

34 Einschränkung ist jedoch festzuhalten, dass nicht alle Personen, die eine Straftat gegen das Aufenthalts-, das Asylverfahrens- oder das Freizügigkeitsgesetz der EU begehen, sich auch illegal in Deutschland aufhalten müssen. So kann z.B. auch ein Pole, der legal in Deutschland lebt, gegen das Aufenthaltsgesetz verstoßen, indem er Freunden, die keinen legalen Aufenthaltstitel haben,

wurden mit 20.837 im Jahr 1997 verübt. Prozentual gesehen, bleibt der Anteil der Polen zwischen 1994 und 2003 relativ konstant bei 10 Prozent, um dann ab 2004 mit Polens Beitritt zur EU erwartungsgemäß rapide zurückzugehen.³⁵

Obdach gewährt. Von einem hohen Zusammenhang zwischen dem Ausmaß an Straftaten gegen das Aufenthalts-, das Asylverfahrens- oder das Freizügigkeitsgesetz der EU und dem Ausmaß an illegaler Migration aus Polen kann nichtsdestotrotz ausgegangen werden. Ein noch besserer Indikator für die Anzahl der illegal in Deutschland aufhältigen Polen wäre allerdings die Statistik über ausländische Tatverdächtige in Deutschland, in der auch der Aufenthaltsstatus erfasst wird (vgl. Bundesministerium des Innern 2005: 92f.; Lederer 2004: 210f.). Allerdings liegt diese Statistik nicht nach Staatsangehörigkeit differenziert vor. Darüber hinaus zeigt sich, dass ein Großteil der Tatverdächtigen ohne Aufenthaltsstatus aufgrund einer Straftat gegen das Aufenthalts-, das Asylverfahrens- oder das Freizügigkeitsgesetz der EU aufgegriffen wurde. Im Jahr 2004 lag der Anteil beispielsweise bei 90,1 Prozent (vgl. Bundesministerium des Innern 2005: 92; eigene Berechnung).

- 35 Unerlaubte Grenzübertritte gehen ebenfalls in die polizeiliche Kriminalstatistik ein, sodass bei getrennter Betrachtung dieser beiden Indikatoren die Anzahl der unerlaubten Grenzübertritte von der Anzahl der Straftaten gegen das Aufenthalts-, Asylverfahrens- und (seit 1.1.2005) das Freizügigkeitsgesetz/EU abgezogen werden müsste. Allerdings sind diese Fallzahlen für Polen so gering, dass sie kaum ins Gewicht fallen. Zu methodischen Problemen bei der Subtraktion dieser Zahlenangaben vgl. Lederer 2004: 213.

Tabelle 02: Straftaten gegen das Aufenthalts-, Asylverfahrens- und (seit 1.1.2005) das Freizügigkeitsgesetz/EU

Jahr	Gesamt	Polen		
		Insgesamt	Anteil an Gesamt	darunter Aufgriffe an deutschen Grenzen
1989	81.281	16.771	20,63	--
1990	84.168	13.373	15,89	--
1991	80.681	6.839	8,48	335
1992	134.810	9.331	6,92	--
1993	158.286	10.989	6,94	--
1994	140.597	13.146	9,35	497
1995	141.426	16.712	11,82	862
1996	139.685	16.190	11,59	791
1997	180.977	20.837	11,51	824
1998	186.783	17.991	9,63	733
1999	178.350	16.732	9,38	442
2000	167.592	17.062	10,18	438
2001	162.455	16.555	10,19	332
2002	151.392	16.423	10,85	255
2003	132.378	15.013	11,34	245
2004	108.210	6.296	5,82	--
2005	86.200	1.188	1,38	--
2006	88.037	596	0,68	--

Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik

Da im Fall von Polen – insbesondere seit dem 1. Mai 2004 – jedoch weniger der illegale Aufenthalt, sondern insbesondere illegale Beschäftigungsverhältnisse von Bedeutung sind, wäre es von noch größerer Bedeutung, Statistiken zu Rate zu ziehen, die Angaben über das Ausmaß illegaler Beschäftigung dieser Personengruppe liefern.

Im Jahr 2002 wurden beispielsweise ca. 57.300 Bußgeld- oder Strafverfahren wegen illegaler Ausländerbeschäftigung eingeleitet (vgl. Lederer 2004: 232), und im Zeitverlauf ist dieser Bereich seit 1998/99 der einzige Indikator für illegale Migration, der nicht kontinuierlich sinkt (vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2004: 73ff.). Auch hier muss allerdings

– wie bei den Angaben in der polizeilichen Kriminalstatistik – wieder berücksichtigt werden, dass es sich lediglich um das aufgedeckte Hellfeld handelt, das darüber hinaus auch mit der Kontrolldichte zusammenhängt (zu weiteren methodischen Einschränkungen siehe Lederer 2004: 232ff.). Besonders problematisch ist jedoch, dass diese Daten nicht nach Staatsangehörigkeit differenziert ausgewiesen werden, sodass keine Angaben darüber getroffen werden können, ob die Vermutung zutrifft, dass illegale Beschäftigung für Polen ein quantitativ bedeutsames Phänomen ist.

Indizien hierfür geben allerdings polnische Schätzungen. Nach polnischen Quellen werden etwa 200.000 polnische Arbeitstouristen in Deutschland vermutet (vgl. Cyrus 2007: 867), und Okólski und Stola (1999: 10 und 16) gehen aufgrund von Ergebnissen einer empirischen Studie sogar davon aus, dass die Mehrzahl der polnischen Kurzzeitmigranten im Ausland einer illegalen Beschäftigung nachgeht.

Besonders erwähnenswert ist auch eine Studie von Hess (2004), in der der Autor versucht, die Anzahl der illegalen Saisonarbeitnehmer zu schätzen. Anhand von Richtwerten der Arbeitserledigung in 126 Einzelkulturen der deutschen Landwirtschaft (z.B. Spargelernte oder Erdbeerernte) und unter Berücksichtigung der jährlichen Anbaufläche und des erwirtschafteten Ertrages wird berechnet, wie groß der Bedarf an Saisonarbeitskräften im entsprechenden Jahr ist. Dieser Bedarf wird mit der tatsächlichen Zahl an Saisonarbeitnehmern verglichen. Hierbei zeigen sich erhebliche Differenzen: Für das Jahr 2001 etwa geht Hess davon aus, dass ungefähr 50.000 Saisonarbeitsverträge weniger erfasst wurden als zur Bewältigung der Arbeit notwendig gewesen wären (vgl. a.a.O.: 615). Zwar kann nicht davon ausgegangen werden, dass alle diese unregistrierten Saisonarbeitskräfte aus Polen stammen, aber unter Berücksichtigung der Tatsache, dass ein Zusammenhang zwischen legaler und illegaler Migration wahrscheinlich ist (vgl. z.B. Worbs 2005: 8) und die überwiegende Mehrheit der Saisonarbeitnehmer aus Polen stammt (vgl. hierzu Kapitel 2.3.2), erscheint es durchaus plausibel, dass auch ein gewisser Teil der illegalen Saisonarbeit von Polen verrichtet wird.

Insgesamt ist aber festzuhalten, dass weder für illegale Migration insgesamt noch für Polen, die sich illegal in Deutschland aufhalten bzw. illegal in Deutschland arbeiten, genaue Zahlenangaben gemacht werden können. Neben der Tatsache, dass offizielle Statistiken (sofern sie nach Staatsangehörigkeit differenziert sind) nur Angaben über das Hellfeld geben können und darüber hinaus immer auch in hohem Maße vom staatlichen Kontrollverhalten beeinflusst werden, muss berücksichtigt werden, dass verschiedene Migrantengruppen ein unterschiedliches Risiko haben, aufgegriffen zu werden (vgl. z.B. Vogel 1999: 180; Worbs 2005: 7).

Neben ökonomischem und kulturellem Kapital tragen insbesondere gut ausgebauten Migrantennetzwerke dazu bei, eine Entdeckung zu vermeiden (vgl. Lederer 2004: 186; zur Bedeutung von Netzwerken insbesondere für illegale Migranten vgl. auch Alt 2000; Cyrus 1995a; 1995b; Miera 1996).

2.5 Exkurs: Erfassung von Migration in den polnischen Statistiken

An der bisherigen Darstellung wurde deutlich, dass offizielle deutsche Statistiken bestimmte Zuwanderergruppen relativ gut abbilden können, andere Migrationsformen – wie insbesondere die illegale Migration – aber naturgemäß nicht erfasst werden können. Insofern sollten Angaben zur Zuwanderung, vor allem zur Gesamtzuwanderung, nicht unkritisch übernommen und im Zweifel eher als Trendangaben interpretiert werden.

In den folgenden Abschnitten soll daher kurz geprüft werden, inwieweit polnische Statistiken besser geeignet sind, bestimmte Migrantengruppen zu beschreiben.

2.5.1 *Dauerhafte Migration*

Betrachtet man das polnisch-deutsche Migrationsgeschehen bezüglich permanenter Migration anhand der offiziellen polnischen Statistiken, dann erhält man ein völlig anderes Bild der Wanderungsbewegungen als anhand der deutschen offiziellen Quellen.

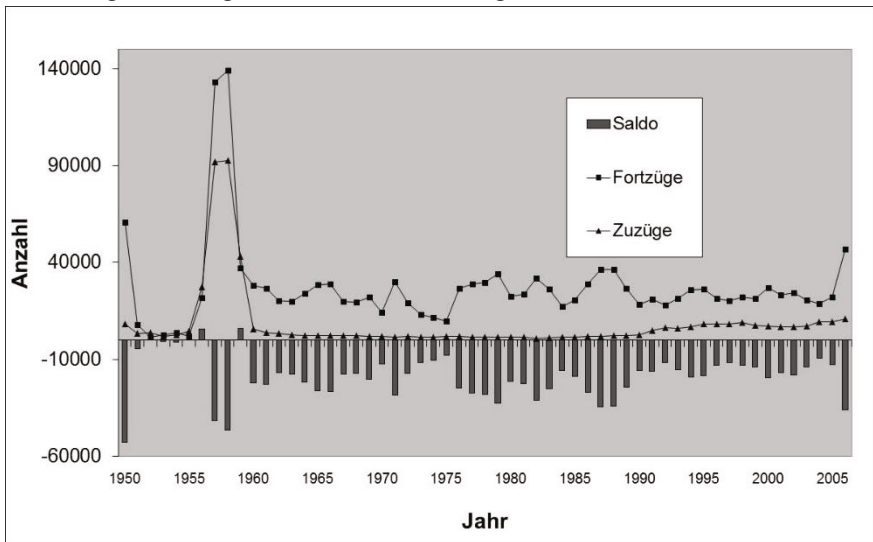
Zwar weist das Statistische Zentralamt³⁶ Ende der 1950er Jahre ebenfalls eine große Auswanderungswelle aus, aber seit 1959 steigen die offiziellen Auswanderungszahlen nicht mehr über 50.000 Personen (vgl. Abbildung 7). Selbst im Jahr 1989, in dem in der BRD 455.075 Zuzüge aus Polen registriert wurden, weisen die polnischen Statistiken insgesamt nur 26.600 Auswanderer aus.

Dies liegt vermutlich daran, dass vor 1989 die Möglichkeiten, Polen legal zu verlassen, sehr eingeschränkt waren, und viele Emigranten – darunter auch ein Großteil der Aussiedler – illegal ausreisten (vgl. Iglicka 2000: 62; Okólski 1996: 27) oder zumindest nicht als dauerhafte Emigranten registriert wurden (vgl. Iglicka 2001b: 15). Im Jahr 1988 wurden etwa 1.664.000 zeitlich begrenzte

36 Im laufenden polnischen Bevölkerungsregister werden Personen erfasst, die langfristig ihren Wohnsitz nach Polen verlegen oder dauerhaft auswandern; die Zahlen werden jährlich vom Statistischen Zentralamt veröffentlicht.

Auslandsreisen von Polen registriert.³⁷ Ungefähr 280.000 dieser Personen blieben länger als geplant im Ausland, und über 200.000 waren bis Ende November 1989 noch nicht wieder nach Polen eingereist; es ist unklar, wie viele davon überhaupt nach Polen zurückkehrten (vgl. Korcelli 1996: 253). Diese Daten zu illegal ausgehenden Personen liegen teilweise auch nach Zielländern getrennt vor: In den Jahren 1981 bis 1988 waren es ca. 267.800 Personen, die von einer temporären Reise in die BRD nicht zurückkehrten (vgl. Iglicka 2001b: 43). Damit überschreitet die Zahl der illegal emigrierten Personen die Zahl der offiziell von den polnischen Behörden registrierten legal in die BRD ausgewanderten Personen bei weitem.

Abbildung 07: Zuzüge nach Polen und Fortzüge aus Polen



Quelle: Statistisches Zentralamt; eigene Zusammenstellung

37 Aufgrund der Tatsache, dass bis 1988 Personen in Polen ihre Pässe nicht zu Hause aufbewahren durften, sondern diese bei der Polizei verwaltet wurden und nur auf konkrete Anträge (Dauer und Ziel der Reise) hin ausgegeben wurden, konnten Auslandsreisen relativ gut registriert werden. Darüber hinaus konnte auch erfasst werden, welche Personen ihre Pässe nicht zum vereinbarten Termin wieder abgegeben hatten. Von 1981 bis 1988 wurden von den Pass- und Visaausgabestellen diese Daten detailliert gesammelt, und daher ist es möglich, Schätzungen über Anzahl und Merkmale von Personen, die in dieser Zeit illegal auswanderten, abzugeben (vgl. OECD 1992: 104).

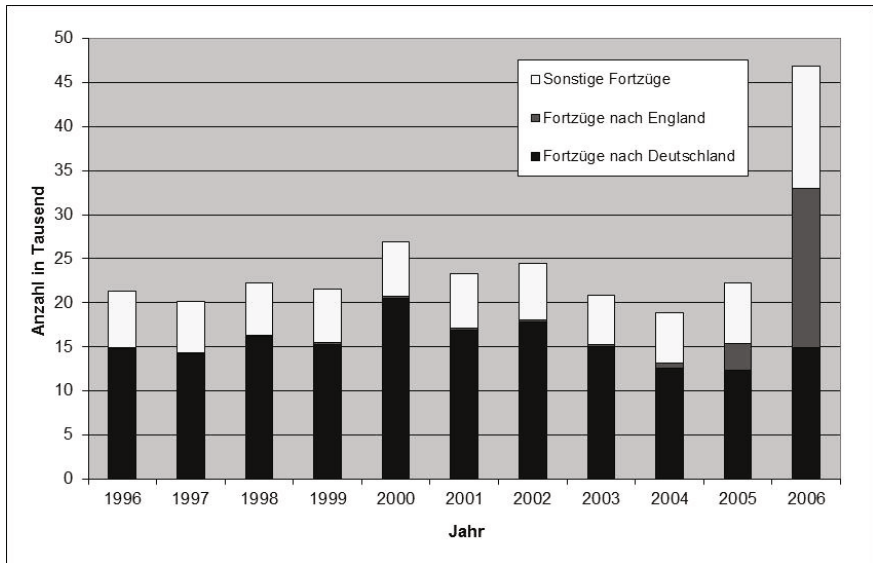
Solche illegalen Ausreisen wurden selbstverständlich meist nicht als Auswanderungen erfasst und wurden selbst im Falle des offiziellen Bekanntwerdens oftmals nur unzureichend dokumentiert. So wurden Personen, die illegal migrierten, beispielsweise weiterhin mit dem Vermerk „Adresse unbekannt“ in den polnischen Statistiken geführt (vgl. a.a.O.: 250).

Insgesamt können die offiziellen polnischen Statistiken die permanente Emigration von Polen also nur unzureichend beschreiben. Eine Tatsache, auf die auch polnische Wissenschaftler immer wieder hinweisen (vgl. z.B. Iglicka 2000: 62ff.; Kupiszewski/Fihel 2007: 61ff.; Okólski 1996; Okólski/Stola 1999; Stola 2001). Dass die durch das Statistische Zentralamt ausgewiesenen Zahlen die Auswanderung aus Polen nur ungenügend abbilden, zeigt auch der Vergleich mit den Ergebnissen der jeweiligen Volkszählungen, nach denen die Bevölkerungszahl Polens stets nach unten korrigiert werden musste (im Jahr 1970 beispielsweise um 280.000 Personen) (vgl. Korcelli 1996: 250).

Nach 1989 stellt sich die Problematik der offiziellen polnischen Statistiken etwas anders dar. Zwar ist eine legale Ausreise nun ohne Probleme möglich, aber in den offiziellen Statistiken werden nur Personen registriert, die sich auch formal abmelden. Neben Personen, die dies vergessen bzw. als nicht wichtig erachten, steigt auch die Zahl derer, die sich bewusst nicht abmelden, um z.B. bestimmte Vergünstigungen in Polen nicht zu verlieren (vgl. Grzegorzewska-Mischka 1995: 65; Korcelli 1996: 251f.).

Betrachtet man nun die Zielorte der Emigranten, dann sieht man, dass ca. 70 Prozent der permanenten Migranten bis 2003 nach Deutschland auswandern. Seit 2004 sinkt jedoch der Anteil dieser Personen und macht im Jahr 2005 nur noch 55,4 Prozent und im Jahr 2006 sogar lediglich 31,9 Prozent aus. Besonders stark steigt dagegen der Anteil der Personen, die dauerhaft nach England migrieren: Während ihr Anteil an allen Emigranten um die Jahrtausendwende kontinuierlich unter 1 Prozent liegt, steigt er seit 2004 stark an, liegt im Jahr 2005 bei 13,8 Prozent und wächst im Jahr 2006 noch weiter auf 38,4 Prozent (vgl. Kępínska 2007: 57).

Abbildung 08: Dauerhafte Emigration aus Polen, differenziert nach Fortzügen nach Deutschland und England sowie sonstigen Fortzügen



Quelle: Statistisches Zentralamt, eigene Darstellung

Dieser starke Anstieg an offiziell registrierter Emigration nach England lässt sich durch den EU-Beitritt Polens und die damit verbundene Niederlassungsfreiheit und Arbeitnehmerfreizügigkeit, die für Polen in Großbritannien gilt, plausibel erklären. Ebenso wie der prozentuale Rückgang der Emigration nach Deutschland sicherlich teilweise aus der in Deutschland noch eingeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit resultiert. Da bis Januar 2007 Personen, die in England arbeiteten und in Polen lebten, noch in beiden Ländern Steuern zahlen mussten, während diese doppelte Besteuerung im Falle von Deutschland schon länger abgeschafft worden war, ist es aber auch durchaus denkbar, dass Personen, die für längere Zeit nach England gingen, sich vergleichsweise häufig abmeldeten (vgl. hierzu auch Kaczmarczyk 2007: 90; Kępińska 2007: 10). Dies könnte auch teilweise erklären, warum die polnischen Zahlen zur permanenten Auswanderung nach Deutschland mit den deutschen Zuzugszahlen aus Polen nicht übereinstimmen. Nach den deutschen Statistiken steigt die absolute Zahl der Einwanderungen nach Deutschland seit 2005 stark an, während sich in den polnischen Statistiken in diesem Jahr keine Zunahme der Emigration nach Deutschland zeigt.

Darüber hinaus wäre es jedoch auch denkbar, dass die Abmeldung bei den polnischen Behörden zeitversetzt und erst nach einer erfolgreichen Erstintegration im Zielland erfolgt. Dies würde erklären, warum im Jahr 2006 die offiziell registrierte Emigration nach Deutschland steigt. Insgesamt liegt die offizielle permanente Auswanderung von Polen im Jahr 2006 mit 46.936 Personen auf ihrem höchsten Stand seit 1958 (vgl. Kępińska 2007: 54).

Deutschland spielt jedoch nicht nur als Zielland polnischer Emigration eine besonders wichtige Rolle, sondern ist auch das Hauptherkunftsland von Migranten, die – insbesondere seit der politischen Wende – dauerhaft nach Polen einwandern. Ca. 30 Prozent aller Zuzüge erfolgen aus Deutschland, gefolgt von Personen, die aus den Vereinigten Staaten zuziehen (ca. 15 Prozent). Bei der Migration aus diesen Ländern, ebenso bei der steigenden Einwanderung aus Großbritannien, handelt es sich vermutlich zum größten Teil um Rückwanderungen von Polen (vgl. Kępińska 2006: 13).

2.5.2 Temporäre Migration

Da ein Großteil des aktuellen polnisch-deutschen Migrationsgeschehens jedoch nicht von permanenter Emigration, sondern von Kurzzeitmigration geprägt ist, die durch die Erfassung im Bevölkerungsregister nicht abgedeckt wird, müssen weitere Datenquellen berücksichtigt werden.

Bis zum Jahr 2003 wurden vom polnischen Ministerium für Arbeit und Wirtschaft Informationen über Verträge, die deutsche Arbeitgeber mit polnischen Saisonarbeitskräften geschlossen hatten, zusammengestellt. Die Zahlen stimmen größtenteils mit den deutschen Statistiken der Bundesagentur für Arbeit überein, allerdings werden die Daten in Polen darüber hinaus nach den Herkunftsgebieten der Saisonarbeitnehmer differenziert ausgewiesen. Dabei zeigt sich, dass unter den 10 Regionen, aus denen die meisten Saisonarbeitnehmer kommen, neben grenznahen Gebieten und Gegenden mit einer traditionell hohen deutsch-polnischen Verbundenheit auch Regionen aus Zentral- und Ostpolen zu finden sind. So war etwa Kielce (eine Großstadt im südöstlichen Teil Zentralpolens und gleichzeitig der Name des umliegenden Bezirkes) trotz der relativ großen Entfernung zur deutsch-polnischen Grenze in den Jahren 1998 bis 2003 jeweils Spitzenreiter, was die absolute Anzahl von Saisonarbeitsverträgen in Deutschland angeht (Kępińska 2004a: 67; Kępińska/Okólski 2002: 60; Okólski 2000: 54).

Eine weitere Hauptdatenquelle für die Erfassung temporärer Migration von Polen ist der vierteljährliche Labour Force Survey (LFS), in dem auch Informationen über Kurzzeitmigration erfasst werden. Anhand der Daten können Angaben über die sich temporär im Ausland aufhaltende polnische Bevölkerung gemacht

werden.³⁸ Die Daten des LFS zeigen, dass temporäre Migration für Polen weiter an Bedeutung gewinnt. Im Jahr 2005 waren durchschnittlich 298.000 Polen – und damit 18 Prozent mehr als im Jahr 2004 – für mehr als zwei Monate im Ausland. Der Anteil derer, die sich zu Arbeitszwecken im Ausland aufhielten, stieg dabei auf 87 Prozent an (vgl. Kępínska 2006: 35). Für die Jahre 2006 und 2007 halten diese steigenden Trends an. Im zweiten Quartal 2007 hielten sich 537.000 Personen temporär im Ausland auf. 477.000 davon waren zu Arbeitszwecken im Ausland, was einem Anteil von 91,6 Prozent entspricht. Zurückzuführen ist dieser quantitative Anstieg insbesondere auf die stark gestiegene Migration nach Großbritannien und Irland, aber in den Jahren 2006 und 2007 nimmt auch die absolute Zahl der temporären Migranten in Deutschland zu, auch wenn ihr prozentualer Anteil an allen Migranten abgenommen hat (vgl. hierzu auch Abbildung 9). Dies scheint die These von Kaczmarczyk (2007: 107) zu bestätigen, dass sich die Migration von Polen nach Deutschland von der zwischen Polen und Großbritannien oder Irland beträchtlich unterscheidet, und „dass vermutlich die Migranten, die nach Großbritannien oder Irland gegangen sind, sich nie für die Migration nach Deutschland entschieden hätten“ (ebd.).³⁹

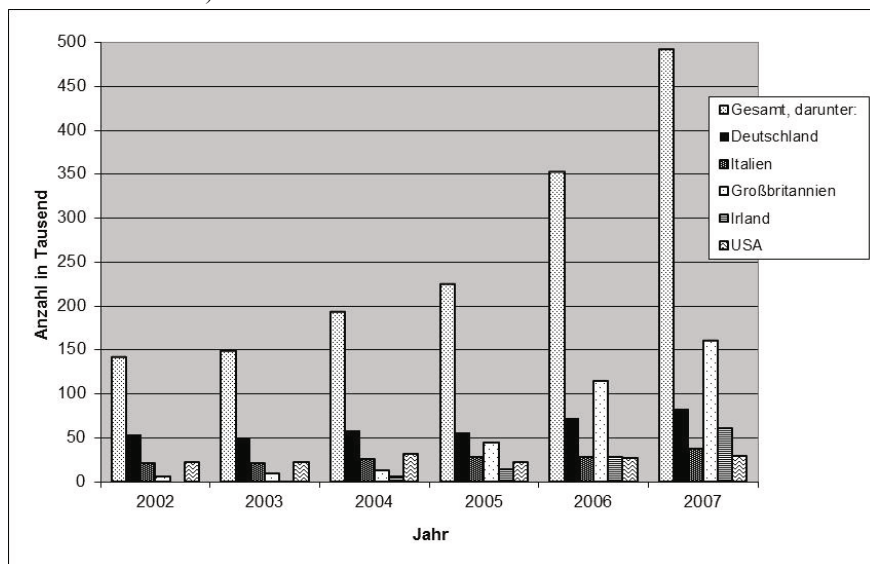
Anhand der Daten des Labour Force Survey zeigt sich eine weitere, besonders interessante Entwicklung: Kurzzeitmigranten, die länger als zwei Monate, aber kürzer als ein Jahr im Ausland verbleiben, machen zwar immer noch den größten Teil aller temporären Migrationsformen aus, aber der Anteil der Langzeitmigranten (Aufenthalte über einem Jahr) stieg beträchtlich an. Von 2005 bis 2006 wuchs die Anzahl der Langzeitmigranten um 69.000 Personen an, was einem Anstieg von 63 Prozent entspricht (vgl. Kępínska 2007: 39). Auch im Jahr 2007 scheint sich dieser Trend fortzusetzen, sodass im dritten Quartal 2007 schon 48 Prozent der temporären Migranten als Langzeitmigranten einzustufen sind (vgl. a.a.O.: 89). Dieses verhältnismäßige Anwachsen der längerfristigen Migrationen zeigt sich mit Ausnahme von Irland in allen Hauptzielländern temporärer Migration. Insbesondere bei den Arbeitsaufenthalten von Polen in Deutschland wird diese Entwicklung deutlich:

38 Allerdings werden hierbei nur Personen berücksichtigt, die zum Zeitpunkt der Erhebung schon mindestens zwei Monate im Ausland sind und die wenigstens über ein Haushaltsmitglied verfügen, das in Polen zurückgeblieben ist und befragt werden kann.

39 Interessant wäre in diesem Zusammenhang auch die Frage, inwieweit der Umstand, dass seit Polens Beitritt zur EU eine Gleichzeitigkeit der Emigration von niedrig gebildeten Personen aus der Peripherie Polens einerseits und von Hochgebildeten aus städtischen Gebieten andererseits herrscht (vgl. Kaczmarczyk/Okólski 2008: 64), mit der Wahl des Ziellandes zusammenhängt.

Während im Jahr 2005 der Anteil der Langzeitmigration zu Arbeitszwecken lediglich bei 25 Prozent lag, stieg er im Jahr 2006 auf 40,3 Prozent und liegt im Jahr 2007 bei immerhin 46,3 Prozent (vgl. a.a.O.: 90; zur Einschätzung der Änderungen von Migrationsmustern im Rahmen der EU-Osterweiterung vgl. auch Kaczmarczyk/Okólski 2008).

Abbildung 09: Polnische Bevölkerung im Ausland (temporäre Arbeitsaufenthalte)⁴⁰



Quelle: LFS; vgl. Kępińska 2007: 90; eigene Darstellung

Im Jahr 2007 wurden darüber hinaus erstmals seit der Volkszählung 2002 Schätzungen des Statistischen Zentralamtes zur temporären Migration der polnischen Bevölkerung veröffentlicht. Diese Schätzungen basieren auf unterschiedlichen polnischen Quellen (insbesondere auf dem eben beschriebenen LFS sowie den Daten der Volkszählung 2002), aber auch auf ausländischen Daten (für eine Übersicht der Datenquellen vgl. Kępińska 2007: 38). Die geschätzte Gesamtzahl der sich vorübergehend im Ausland aufhaltenden Polen beläuft sich im Jahr 2006 auf nahezu 2 Millionen. 450.000 Personen davon sollen sich in Deutschland aufhalten,

40 Die Angaben beziehen sich jeweils auf die Messung im zweiten Viertel des Jahres. Die Daten des LFS werden jeweils auf der Basis der letzten Volkszählung bereinigt. Für das Jahr 2002 wurde die Volkszählung von 1988, für die Jahre danach die Volkszählung 2002 herangezogen.

was damit nach England mit geschätzten 580.000 Personen, das zweitwichtigste Zielland temporärer Migration ist (vgl. a.a.O.: 91).

Auch wenn polnische und deutsche Statistiken ein teilweise durchaus unterschiedliches Bild des polnisch-deutschen Migrationsgeschehens zeigen, lässt sich abschließend festhalten, dass in dem betrachteten Zeitraum kontinuierlich Wanderungen zwischen Polen und Deutschland stattfanden, und dies zumeist in einem vergleichsweise hohen Ausmaß. Darüber hinaus zeigen die offiziellen Statistiken beider Länder, dass es nicht den typischen polnischen Migranten gibt, sondern sehr viele verschiedene Arten der Migration, deren quantitative Bedeutung sich im Zeitverlauf wandelt: Während vor 1990 Aussiedler- und Asylbewerberzuzug den größten Teil des polnisch-deutschen Migrationsgeschehens ausmachten, wird das Wanderungsgeschehen nach 1990 von temporärer Arbeitsmigration geprägt. Darüber hinaus spielen sowohl vor als auch nach der politischen Wende in Polen Ehegatten- und Familiennachzug sowie illegale Migration eine bedeutende Rolle. Mit Polens Beitritt zur EU steigt die Anzahl der polnischen Bürger, die sich dauerhaft in Deutschland niederlassen, wieder an. Es ist davon auszugehen, dass ein nicht zu unterschätzender Anteil dieser Personen in Deutschland selbstständig tätig ist.

2.6 Sozioökonomische Merkmale der polnischen Migranten

Zur Charakteristik der Migration von Polen nach Deutschland ist jedoch nicht nur wichtig, wie viele Polen nach Deutschland eingereist sind bzw. zwischen Deutschland und Polen hin und her pendeln, oder auf welchen Wegen diese Migrationen erfolgen, sondern auch, welche sozioökonomischen Merkmale diese Migranten aufweisen. Eine etwaige Selektivität der Migration hat darüber hinaus auch Einfluss auf die Ausbildung von Migrationsnetzwerken sowie auf die Frage, wie sich diese Netzwerke auf spätere Migrationsentscheidungen von bestimmten Personengruppen auswirken können.

Wünschenswert wäre die Untersuchung der Fragestellung, inwieweit sich die in den vorangegangenen Kapiteln dargestellten Migrantengruppen auch systematisch nach verschiedenen Merkmalen unterscheiden. Dies ist jedoch in den meisten Fällen aufgrund der unzureichenden Datenlage nicht möglich. Es soll aber versucht werden, nach einem allgemeinen Kapitel (2.6.1) die sozioökonomischen Merkmale von Personen, die dauerhaft Polen verlassen und nach Deutschland einreisen (Kapitel 2.6.2), und von Personen, die nur temporär in Deutschland arbeiten (Kapitel 2.6.3), getrennt zu betrachten.

2.6.1 Sozioökonomische Merkmale polnischer Migranten insgesamt

Personen, die in den 1980er Jahren Polen verließen, waren eine hochselektive Gruppe. Hauptherkunftsgebiete der Emigranten waren urbanisierte Gegenden, wie der Westteil Oberschlesiens, sowie große Städte wie Warschau, Krakau, Breslau, Danzig, Kattowitz oder Oppeln (vgl. z.B. Okólski 1996: 34f.). Migranten hatten eine überdurchschnittlich hohe Bildung (vgl. z.B. Grzegorzewska-Mischka 1995: 66; Korcelli 1996: 256), und Personen im erwerbsfähigen Alter waren überrepräsentiert, sodass die polnische Wohnbevölkerung in diesem Alter zwischen 1985 und 1988 um 620.000 sank (vgl. Okólski 1996: 39). Insgesamt kann man sagen, dass die Emigration aus Polen Anfang der 1980er Jahre die typischen Merkmale eines Brain Drains aufwies.⁴¹ Zwar weisen die offiziellen polnischen Statistiken in den 1980er Jahren einen wesentlich höheren Frauenanteil unter den dauerhaften Migranten aus, die Geschlechterverteilung bei der tatsächlichen Migration wird jedoch als ausgeglichen eingeschätzt (vgl. OECD 1992: 107; Okólski 1996: 37). Es wird davon ausgegangen, dass Männer im Alter zwischen 25 und 44 illegal migrierten und später auf legalem Weg ihre Frauen und Kinder nachholten (vgl. Iglicka 2001a: 45; Okólski 1996: 37f). Wie schon in Kapitel 2.2.1.3 kurz angesprochen, scheint darüber hinaus aber auch die klassische Heiratsmigration für polnische Frauen ein häufiges Migrationsmuster zu sein. Im Jahr 1992 etwa heirateten 3.150 polnische Frauen einen deutschen Mann (vgl. Grzegorzewska-Mischka 1995: 66).

In den 1990er Jahren ändert sich die Zusammensetzung der Gruppe der Migranten allmählich. Die Geschlechterverteilung unter den offiziellen Auswanderern gleicht sich an und entspricht bereits im Jahr 1991 der Geschlechterverteilung in der polnischen Wohnbevölkerung (vgl. Okólski 1996: 40). Darüber hinaus sinkt der Anteil der hochqualifizierten Migranten, und der Prozentsatz der Personen mit niedrigerer Bildung steigt an (vgl. a.a.O.: 40; Iglicka 2001a: 48). Auch die Alterszusammensetzung der Polen, die ins Ausland gehen, verändert sich. Waren in den 1980er Jahren noch die Altersgruppen von 25-34 dominant, migrieren jetzt vermehrt Personen im Alter von 35-44 (vgl. Iglicka 2001b: 30). Zwar überwiegen bei den Migranten immer noch junge Menschen aus urbanem Umfeld, aber die Anteile

41 Laut Fuhrmann (1990: 154) verließen zwischen 1980 und 1987 gut 76.000 Akademiker das Land, was fast identisch war mit der Anzahl der Universitätsabsolventen in diesem Zeitraum (zu dieser Einschätzung vgl. auch OECD 1992: 107). Unter den Migranten waren sog. „Overstaying tourists“ (OECD 1992: 107) im Durchschnitt noch höher gebildet als diejenigen, die legal emigrierten. Die Emigrationsorientierung der Hochgebildeten ging sogar so weit, dass viele Studenten ihre Studienfächer nach der Verwendbarkeit im westlichen Ausland auswählten (vgl. Fuhrmann 1990: 154).

älterer Personen aus ländlichen oder kleinstädtischen Gegenden steigen, insbesondere was temporäre Migrationen betrifft, an (vgl. z.B. Iglicka 2001a: 57).

Mit Polens Beitritt zur EU scheint sich ein erneuter Wandel in der Zusammensetzung der Gruppe der polnischen Migranten zu vollziehen. Seit 2004 steigt das Bildungsniveau der dauerhaften Migranten wieder stark an. Während in den Jahren 1998 bis 2003 der Anteil der Migranten, die mindestens einen sekundären Bildungsgang abgeschlossen hatten, um die 20 Prozent lag, steigt dieser im Jahr 2004 auf 39,6 Prozent und liegt im Jahr 2005 schon bei 57,9 Prozent (vgl. Kępńska 2006; Kępńska 2007; eigene Berechnungen). Zudem sinkt das Durchschnittsalter der Migranten wieder deutlich ab. Im Vergleich zum Vorjahr verzeichnen im Jahr 2006 zwar alle Altersgruppen einen absoluten Zuwachs, aber die Anzahl der Personen in der Altersgruppe von 20-29 steigt nahezu um das Vierfache (vgl. Kępńska 2006; Kępńska 2007; eigene Berechnungen). Inwieweit es sich bei diesen Änderungen um einen dauerhaften Trend handelt, muss allerdings noch abgewartet werden.

Insgesamt kann man also festhalten, dass sich die Migrationsbereitschaft auch der weniger gebildeten und ländlichen Bevölkerung durch die Verschiebung der Migration von einer permanenten hin zu einer eher temporären erhöhte. Mit dem Beitritt Polens zur EU scheint sich dieser Trend (zumindest vorübergehend) wieder etwas umzudrehen.

Da Deutschland lange Zeit das Hauptzielland polnischer Emigration war, ist anzunehmen, dass die dargestellten Merkmale der Emigranten insgesamt auch auf die Personen zutreffen, die dauerhaft nach Deutschland gewandert sind. Dies soll im Folgenden anhand von deutschen Quellen überprüft werden.

2.6.2 Sozioökonomische Merkmale polnischer Langzeitmigranten in Deutschland

Mit der Repräsentativbefragung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland 2006/2007“ (RAM), bei der die fünf größten Migrantengruppen in Deutschland untersucht wurden, liegen aktuelle Daten über Polen vor, die langfristig (mindestens ein Jahr) in Deutschland leben.⁴² Bei der Betrachtung der Ergebnisse wird

42 Grundgesamtheit der Befragung waren alle Personen zwischen 14 und 80 Jahren, die am 30.6.2006 im Besitz einer der ausgewählten Staatsangehörigkeiten waren, sich mindestens zwölf Monate in Deutschland aufhielten und über einen gesicherten Aufenthaltsstatus verfügten. Bei der Stichprobenziehung handelte es sich um eine zweistufige Zufallsstichprobe aus dem Ausländerzentralregister: In der ersten Stufe wurden Ausländerbehörden, in der zweiten Stufe dann Personen ausgewählt (vgl. Babka von Gostomski 2008: 9ff.). Da Staatsangehörigkeit ein zentrales Merkmal der Stichprobenziehung war, bedeutet dies, dass Aussiedler als wohl größte Gruppe permanenter Migranten in Deutschland, die ursprünglich aus Polen kamen (und in die polnischen Statistiken zur

schnell ersichtlich, dass sich Polen deutlich von den anderen Migrantengruppen, die ausschließlich aus den klassischen Anwerbeländern (Türkei, Griechenland, Italien und Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens) stammen, unterscheiden.⁴³ Aufgrund der frühen Anwerbung der anderen Migrantengruppen ist es nicht verwunderlich, dass Polen über die durchschnittlich kürzeste Aufenthaltsdauer in Deutschland verfügen (vgl. Babka von Gostomski 2008: 15f.) und die niedrigen sowie die sehr hohen Altersgruppen in der polnischen Bevölkerung in der Bundesrepublik unterrepräsentiert sind (a.a.O.: 14f.). Aber auch eine Betrachtung der Schulbildung zeigt, dass es sich bei Migranten aus Polen offensichtlich um eine andersgeartete Migration handelt. Deutlich spiegelt sich in den Ergebnissen wider, dass es sich bei den klassischen Arbeitsmigranten, die in den 1960er und den frühen 1970er Jahren angeworben wurden, um eine Gruppe handelt, die – zumindest im Vergleich zur deutschen Bevölkerung – eher wenig Humankapital mitbrachte (vgl. hierzu z.B. Heckmann 1992: 80f.), während Migration aus Polen – wie weiter oben schon angesprochen – lange Zeit sogar eher positiv selektiv war: 38,9 Prozent der in Deutschland lebenden Polen verfügen über eine hohe Schulbildung, während dieser Anteil bei den anderen Migrantengruppen zwischen 9,9 und 18,9 Prozent liegt (Babka von Gostomski 2008: 16ff.).

Anhand einer Sonderauswertung der Bundesagentur für Arbeit stellt Dietz (2007: 39ff.) allerdings die Hypothese auf, dass es Polen bislang nur bedingt gelungen ist, ihr vergleichsweise hohes Humankapital in Arbeitsmarkterfolg umzusetzen.⁴⁴ So sind etwa 66,4 Prozent der Polen als Arbeiter beschäftigt, was nur geringfügig unter dem Anteil der Arbeiter an den sozialversicherungspflichtigen Ausländern liegt, die nicht aus den mittel- und osteuropäischen Ländern stammen, und weit höher ist als der Anteil in der deutschen Referenzgruppe (39,6 Prozent) (vgl. Dietz 2007: 39). Besonders bemerkenswert ist der hohe Anteil an Polen, die

Emigration eingehen), nicht berücksichtigt werden können. Auch Saisonarbeitnehmer wurden nicht befragt, da diese nur maximal 4 Monate in Deutschland bleiben.

43 Ein Vergleich von Migranten aus den klassischen Anwerbeländern mit Polen anhand der amtlichen Statistiken kommt zu ganz ähnlichen Ergebnissen. Da bei einem solchen Vergleich aufgrund der Datenlage jedoch nur sehr wenige grundlegende Merkmale berücksichtigt werden können, soll auf eine solche Darstellung an dieser Stelle verzichtet werden (vgl. hierzu z.B. Dietz 2007: 35ff.).

44 Auch Kalter (2005) zeigt – allerdings für Osteuropäer insgesamt – anhand von Analysen mit den Daten des Mikrozensus, dass es Migranten aus Osteuropa nicht gelingt, ähnlich erfolgreiche Arbeitsmarktpositionen zu besetzen wie einheimische Erwerbstätige. Besonders interessant ist, dass sich unter Kontrolle von Humankapital und Generationenstatus die Chancen für Osteuropäer, adäquate Arbeitsstellen zu finden, eher noch verschlechtern, während sie bei den anderen Migrantengruppen steigen (vgl. a.a.O.: 319ff.; ähnlich auch Kogan 2004 für männliche Immigranten nach 1973, die nicht den EU-15 angehören; zur Arbeitsmarktintegration von Mittel- und Osteuropäern allgemein vgl. auch Radu 2003).

im primären Sektor beschäftigt sind: 11,6 Prozent aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Polen arbeiten im primären Sektor. Bei den Deutschen beträgt dieser Anteil lediglich 1,2 Prozent (a.a.O.: 40). Dietz (vgl. ebd.) führt dies darauf zurück, dass eine Tätigkeit als Saisonarbeitnehmer unter Umständen auch zu einer längerfristigen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in diesem Bereich führen kann.

Neben der zu Beginn des vorherigen Kapitels anhand der polnischen Daten dargestellten Tatsache, dass Migration von Polen nach Deutschland lange Zeit den Charakter eines Brain Drains aufwies, spiegelt sich auch die aufgezeigte Geschlechterrelation in den Ergebnissen der Repräsentativuntersuchung wider: Die Gruppe der Polen ist die einzige der untersuchten Zuwanderergruppen, bei der der Anteil der Frauen mit 57,3 Prozent den der Männer übersteigt (Babka von Gostomski 2008: 10 und 13).⁴⁵ Auch die Feststellung von Grzegorzewska-Mischka (1995: 66), dass Heiratsmigration von Polen nach Deutschland ein durchaus gängiges Migrationsmuster – insbesondere für polnische Frauen – darstellt, scheinen diese Daten zu bestätigen. Umso mehr, wenn man die Nationalität des Ehepartners berücksichtigt: 56 Prozent der verheirateten polnischen Migrantinnen haben einen deutschen Partner.⁴⁶

Darüber hinaus lassen sich aus den präsentierten Daten der Repräsentativuntersuchung mit aller Vorsicht zwei weitere Migrantengruppen identifizieren, die für die Migration von Polen nach Deutschland eine bedeutsame Rolle spielen. Zum einen lässt die Überrepräsentation von polnischen Männern bei der Gruppe der Personen, die sich erst 1-4 Jahre in Deutschland aufhalten (vgl. Babka von Gostomski 2008: 16f.), sowie der Anteil von immerhin 17,7 Prozent der polnischen männlichen Migranten (im Gegensatz zu 2,3 Prozent der polnischen Frauen), die zur Untermiete, in Gemeinschaftsunterkünften oder in Wohnheimen wohnen, darauf schließen, dass für polnische Männer temporäre Arbeitsmigration von besonderer Bedeutung ist (zum Zusammenhang der Befristung der Arbeitsverhältnisse mit den Wohnverhältnissen siehe auch a.a.O.: 23). Zum anderen ist der Anteil der

45 Wobei dann auch die Frage gestellt werden sollte, inwieweit das vermutete Migrationsmuster – zunächst illegal migrierter Mann holt seine Familie nach – tatsächlich von quantitativer Bedeutung ist. Träfe dieses Migrationsmuster zu, müsste sich die Geschlechterverteilung der Polen auch in den deutschen Statistiken angleichen. Allerdings weisen Polen im Vergleich zu anderen osteuropäischen Migrantengruppen in Deutschland noch eine relativ ausgeglichene Geschlechterrelation auf (vgl. Dietz 2007: 36).

46 Auch die auf Grundlage des Mikrozensus 2005 berechneten Zahlen zeigen, dass extrem viele Polinnen mit Deutschen verheiratet sind (vgl. Statistisches Bundesamt 2007: 80f.): Nach diesen Daten haben sogar 71,2 Prozent der verheirateten polnischen Migrantinnen einen deutschen Partner. Allerdings haben 61,4 Prozent der deutschen Partner selbst einen Migrationshintergrund. Es kann also durchaus sein, dass ein beträchtlicher Teil der deutschen Partner ursprünglich aus Polen stammt, inzwischen aber die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

Selbstständigen mit 15 Prozent unter den polnischen Migranten vergleichsweise hoch. Ob es sich hierbei allerdings um Personen handelt, die sich erst nach der EU-Erweiterung selbstständig gemacht haben und vielleicht sogar zu diesem Zweck eingereist sind, wird aus den veröffentlichten Daten nicht ersichtlich.

Ebenfalls ist es anhand der präsentierten Daten nicht möglich, zu erkennen, ob die befragten Personen ihren Lebensmittelpunkt tatsächlich nach Deutschland verlagert haben, was zumindest für einen Teil der polnischen Befragten in Frage gestellt werden muss. So wird beispielsweise nicht klar, ob ein polnischer Migrant, der zur Untermiete wohnt, kaum Deutsch kann und keine deutschen Freunde hat, nur für einige Jahre in Deutschland ist, um seine in Polen verbliebene Familie finanziell zu unterstützen, oder ob es sich um eine noch ledige Person handelt, die dauerhaft in Deutschland bleiben, hier eine Familie gründen und sich eine berufliche Existenz aufbauen will. Multivariate Analysen der erhobenen Daten könnten hier vielleicht zur weiteren Klärung beitragen.

Die auf Grundlage des Mikrozensus 2005 errechneten Daten zur polnischen Bevölkerung⁴⁷ bestätigen weitgehend die grundlegenden Ergebnisse der Repräsentativuntersuchung zu Polen im Verhältnis zu den Migranten aus den klassischen Anwerbeländern: Polnische Migranten haben mit 11,3 Jahren eine vergleichsweise niedrige Aufenthaltsdauer (vgl. Statistisches Bundesamt 2007: 58f.), und Personen im erwerbsfähigen Alter (vgl. a.a.O.: 40f.) sowie Frauen (vgl. a.a.O.: 44ff.) sind überrepräsentiert. Polen sind überdurchschnittlich gut gebildet, was sich sowohl bei den schulischen als auch bei den beruflichen Abschlüssen zeigt (vgl. a.a.O.: 136ff.).⁴⁸

47 Beim Mikrozensus handelt es sich um eine Ein-Prozent-Stichprobe von Haushalten in Deutschland (zum Mikrozensus insgesamt vgl. genauer Lüttinger/Riede 1997; zum Auswahlplan vgl. Meyer 1993 und zur Hochrechnung siehe Heidenreich 1993). Seit dem Mikrozensus 2005 ist es relativ gut möglich, auch Personen mit Migrationshintergrund, die aber inzwischen die deutsche Staatsbürgerschaft haben, zu identifizieren (vgl. Statistisches Bundesamt 2007: 5ff.). Nach den Berechnungen auf Grundlage des Mikrozensus 2005 leben in Deutschland beispielsweise 763.400 Personen mit polnischem Migrationshintergrund im engeren Sinn, d.h. sie selbst oder mindestens ein Elternteil stammen ursprünglich aus Polen. Dagegen beläuft sich die Zahl der Personen mit polnischer Staatsangehörigkeit lediglich auf 248.100. Da bislang jedoch stets auf das Merkmal der Staatsangehörigkeit zurückgegriffen wurde, sollen auch bei den Ergebnissen des Mikrozensus Personen mit inzwischen deutscher Staatsangehörigkeit nicht weiter berücksichtigt werden.

48 Diese dargestellten Merkmale sind typisch für die mittel- und osteuropäischen Migrantengruppen und sind bei verschiedenen anderen Gruppen (z.B. Migranten aus der Russischen Föderation) teilweise noch weitaus ausgeprägter. Nach den Berechnungen auf Grundlage des Mikrozensus 2005 verfügen beispielsweise 16,3 Prozent der russischen Männer und sogar 19,8 Prozent der russischen Frauen in Deutschland über einen Hochschulabschluss.

2.6.3 Sozioökonomische Merkmale temporärer polnischer Migranten in Deutschland

Während sozioökonomische Merkmale der Personen, die dauerhaft ein Land verlassen bzw. dauerhaft in ein Land einwandern, häufig im Mittelpunkt wissenschaftlicher Betrachtung stehen, wird dieser Aspekt bei Kurzzeitmigration oftmals vernachlässigt. Da jedoch – wie in Kapitel 2.3.2 gezeigt wurde – dies die Form von Migration ist, die das deutsch-polnische Migrationsgeschehen momentan dominiert, sollen an dieser Stelle auch sozioökonomische Merkmale der Kurzzeitmigranten, insbesondere der Saisonarbeiter genauer betrachtet werden.⁴⁹

Generell lässt sich festhalten, dass temporäre Arbeitsmigration von Polen nach Deutschland immer noch eine Männerdomäne ist, auch wenn sich der Anteil der Frauen zwischen 1995 und 2001 leicht erhöht hat. Insbesondere bei den Saisonarbeitnehmern machen Frauen im Jahr 2001 mit 33,7 Prozent immerhin schon über ein Drittel aus (vgl. Venema/Grimm 2002: 9). Auch die Tatsache, dass sich die Gruppe der temporären Migranten aus relativ jungen Altersgruppen zusammensetzt, ist über die Jahre gleich geblieben. Über 80 Prozent der Werkvertrags- und Saisonarbeiter sind jeweils unter 45 Jahre (vgl. ebd.). Gastarbeiter sind im Schnitt noch wesentlich jünger als die beiden anderen Migrantengruppen, was sich sicherlich auch daraus ergibt, dass für Gastarbeiter per definitionem bestimmte Altersgrenzen vorgegeben sind (vgl. Bundesministerium des Innern 2005: 74). In allen drei Gruppen bilden verheiratete Migranten den größten Anteil, auch wenn ihr Anteil seit 1995 zurückgegangen ist. Daher wundert es auch nicht, dass ebenfalls für alle Gruppen die Unterstützung der Familie in Polen als eines der häufigsten Motive für den Arbeitsaufenthalt genannt wird (vgl. Venema/Grimm 2002: 22; zur Wichtigkeit dieses Motivs vgl. auch Korczynska 2001: 212). Wichtigere Motive sind lediglich ein besseres Einkommen sowie bei Werkvertrags- und Gastarbeitern das Interesse, etwas Neues kennenzulernen, und insbesondere

49) Hauptsächlichste Datengrundlage bildet hierbei die sog. Repräsentativbefragung, die in den Jahren 1995 und 2001 durchgeführt wurde und bei der die größten Gruppen der in den alten Bundesländern lebenden Migranten befragt wurden. Anders als bei der bereits vorgestellten Repräsentativuntersuchung aus dem Jahr 2006, wurden bei diesen beiden Untersuchungen jedoch nicht Polen befragt, die dauerhaft in Deutschland leben, sondern Polen, die nur temporär in Deutschland arbeiten. Hierbei handelt es sich um die Gruppe der Werkvertragsarbeiter, der Gastarbeiter und der Saisonarbeiter. Da der Zugang zu diesen Personengruppen relativ schwierig und die statistische Erfassung unzulänglich ist, konnte keine Zufallsstichprobe gezogen werden, sondern es wurde mit Quotierungen sowie mit Eigenrekrutierung von Interviewpartnern durch die Interviewer gearbeitet (vgl. Venema/ Grimm 2002: 5f.). Die Ergebnisse können also entgegen dem Namen der Untersuchung – und im Gegensatz zur Repräsentativuntersuchung im Jahre 2006 – nicht als repräsentativ angesehen werden. Eine weitere Studie zu polnischen Saisonarbeitern in Deutschland kommt zwar zu ähnlichen Ergebnissen (vgl. Korczynska 2001), dennoch sollte diese Einschränkung bei der Interpretation der Daten im Hinterkopf behalten werden.

bei Gastarbeitnehmern die berufliche Weiterbildung (vgl. Venema/Grimm 2002: 22). Frühere Untersuchungen (vgl. Hönekopp/Kranzusch 1997: 46f.; Korczynska 1997: 75f.) zeigen, dass auch bei den tatsächlich nach dem Arbeitsaufenthalt in Deutschland getätigten Ausgaben die Aufwendungen für den Lebensunterhalt der Familie an erster Stelle stehen.

Betrachtet man den Bildungsstand der temporären Arbeitsmigranten aus Polen, dann zeigt sich, dass das Bildungsniveau der Befragten seit 1995 nicht merklich gesunken ist (vgl. Venema/Grimm 2002: 13f.). Über keinen Abschluss verfügen 29,2 Prozent der Saisonarbeiter, 12,6 Prozent der Werkvertragsarbeiter und lediglich 2,9 Prozent der Gastarbeitnehmer. Berufliche Abschlüsse sind in allen Gruppen am häufigsten vertreten; bei den Gastarbeitnehmern beläuft sich der Anteil sogar auf 70,2 Prozent. Erstaunlicherweise ist gerade bei den Saisonarbeitnehmern der Anteil derjenigen mit Hochschulabschluss am größten, auch wenn er mit 4 Prozent natürlich immer noch auf einem sehr niedrigen Niveau liegt.

Erstaunlich ist auch, dass der Anteil der temporären Arbeitsmigranten, die in Polen arbeitslos waren, im Jahr 2001 mit durchschnittlich 30 Prozent relativ gering ist (vgl. a.a.O.: 21), wohingegen sich beispielsweise 45,7 Prozent der befragten Saisonarbeiter sogar extra Urlaub nahmen, um in Deutschland als Saisonarbeiter arbeiten zu können (vgl. a.a.O.: 20). Nach den Ergebnissen von Korczynska (2001: 210f.) ist der Anteil der in Polen Arbeitslosen an den Saisonarbeitnehmern mit 13,7 Prozent – im Vergleich zu 60 Prozent der Saisonarbeiter, die in Polen einer Erwerbstätigkeit nachgehen – noch geringer. Verwunderlich sind diese Ergebnisse, weil Arbeitslosigkeit oftmals als der größte Push-Faktor der Migration bezeichnet wird und für Polen der wichtigste Grund für die Unterzeichnung bilateraler Abkommen zur kurz- und mittelfristigen Arbeitsmigration zwischen Polen und Deutschland war (vgl. Kaczmarczyk 2007: 101). Kaczmarczyk (ebd.) bezeichnet dies sogar als „Idee des ‚Exports‘ der Arbeitslosen, die temporäre Beschäftigung in Deutschland übernehmen könnten“. Aber auch er kommt in seinen Analysen zu dem Ergebnis, dass es sowohl auf makro-regionaler Ebene als auch auf der Mikro-Ebene nur eine schwache Korrelation zwischen Arbeitslosigkeit und Saisonarbeit gibt (vgl. ebd.). Kaczmarczyk (2007: 102) betont allerdings, dass der Anteil der Arbeitslosen an den Saisonarbeitnehmern seit Anfang der 1990er Jahre kontinuierlich ansteigt. Diese Tendenz lässt sich zwar anhand der Repräsentativuntersuchung für Saisonarbeiter nicht bestätigen (vgl. Venema/Grimm 2002: 21), aber im Jahr 2002 wurde in Polen eine repräsentative Untersuchung von Saisonarbeitnehmern⁵⁰ durchgeführt, die vielleicht Aufschluss über diese Frage geben kann: Grundsätzlich lässt sich festhalten,

50 Durch das polnische Arbeitsamt werden Informationen über alle Saisonarbeiter gesammelt, die legal im Ausland arbeiten. Grundlage der erwähnten Untersuchung sind Daten zu ungefähr

dass die Befunde der polnischen Untersuchung im Großen und Ganzen mit den Ergebnissen der deutschen Studien übereinstimmen. Männer machen zwei Drittel der legalen Saisonarbeit aus (vgl. Okólski 2004: 28), wobei der Anteil der Frauen an den Personen, die erstmalig als Saisonarbeitnehmer nach Deutschland fahren, steigend ist (vgl. Kępińska 2004b: 144). Die Mehrheit aller Saisonarbeitnehmer (77,2 Prozent) ist verheiratet (vgl. Okólski 2004: 28), und als Hauptmotiv der Saisonarbeit wird die Aufbesserung des Haushaltseinkommens genannt, wobei nahezu das gesamte Einkommen aus der Arbeit in Deutschland für den unmittelbaren Konsum verwendet wird (a.a.O.: 29). 47,7 Prozent der Saisonarbeitnehmer verfügen über einen Berufsschulabschluss und 5,4 Prozent über einen Hochschulabschluss (vgl. Jazwińska 2004: 132). Ein Vergleich mit der polnischen Gesamtbevölkerung⁵¹ zeigt zwar, dass Saisonarbeitnehmer nur halb so oft über einen höheren Bildungsabschluss verfügen, dafür ist aber auch der Anteil derer, die lediglich einen Grundschulabschluss erreichten, in der polnischen Gesamtbevölkerung doppelt so hoch (ebd.). Insgesamt – gemessen an den Bildungsjahren – sind Saisonarbeitnehmer nur geringfügig weniger gebildet als die polnische Gesamtbevölkerung und der Zusammenhang zwischen Bildung und Saisonarbeit wird als eher schwach eingeschätzt (vgl. ebd.).

Betrachtet man den Erwerbsstatus der Saisonarbeitnehmer im Herkunftsland, dann zeigen auch die polnischen Daten, dass erstaunlich wenige der temporären Migranten in Polen arbeitslos sind (Okólski 2004: 28): Ein Viertel der Saisonarbeitnehmer ist in Polen arbeitslos, ein weiteres Viertel ist nicht erwerbstätig (z.B. Hausfrauen, Rentner), und immerhin die Hälfte der Arbeitsmigranten unterhielt zur Erhebungszeit eine Arbeit in Polen.⁵² Über die Zeit betrachtet, zeigt sich

600.000 Saisonarbeitnehmern, die von 1998 bis 2000 legal in Deutschland gearbeitet haben. Darüber hinaus wurde aus dieser Grundgesamtheit eine Zufallsstichprobe von 800 Personen gezogen, die dann in Face-to-Face-Interviews u.a. zu weiteren Details ihrer Arbeitsaufenthalte in Deutschland befragt wurden (vgl. Kaczmarczyk/Lukowski 2004a).

51 Um einen Vergleich mit der polnischen Gesamtbevölkerung zu ermöglichen, werden andere Studien, insbesondere die Polnische Allgemeine Bevölkerungsumfrage (PGSS – Polski Generalny Sondaż Społeczny), herangezogen, deren Grundgesamtheit nicht Saisonarbeitnehmer, sondern alle erwachsenen Haushaltsmitglieder in Polen sind (vgl. Jazwińska 2004: 130).

52 Zu einer genaueren Betrachtung der ökonomischen Aktivität der polnischen Saisonarbeitskräfte auf dem heimischen Arbeitsmarkt siehe auch Fihel (2004). Die Autorin versucht insbesondere herauszufinden, ob sich eine temporäre Arbeitsmigration nach Deutschland positiv oder negativ auf die Arbeitsmarktsituation des Betroffenen in Polen auswirkt. Generell lässt sich festhalten, dass die Mehrheit der Saisonarbeitnehmer ihren ökonomischen Status in Polen nicht ändert (vgl. Fihel 2004: 119). Die Tatsache, dass Personen in Polen erwerbstätig sind und ohne negative Konsequenzen für ihre Arbeit im Herkunftsland (sofern die Immobilität nicht selbst als nachteilig eingeschätzt wird; für diese Sichtweise vgl. z.B. Kaczmarczyk/Okólski 2008: 65) einer Saisonarbeit in Deutschland nachgehen können, lässt vermuten, dass diese Personen in Polen keine berufliche Schlüsselstellung innehaben oder bei einer Tätigkeit in der Landwirtschaft durch Familienmitglieder kurzzeitig ersetzt werden können (vgl. Fihel 2004: 120). Jazwińska (2004: 134) verweist etwa

hierbei jedoch eine interessante Entwicklung: In den ersten Jahren nach Inkrafttreten der bilateralen Abkommen zur Saisonarbeit zwischen Polen und Deutschland kamen die meisten der Kurzzeitmigranten aus großstädtischen Gebieten mit vergleichsweise niedriger Arbeitslosigkeitsrate (a.a.O.: 29f.). Der starke quantitative Anstieg der Saisonarbeit bis zum Jahre 2001 lässt sich dann jedoch fast ausschließlich auf einen starken Anstieg der Arbeitsmigration aus Gegenden mit vergleichsweise niedrigem Urbanisierungsgrad und hoher Arbeitslosigkeitsrate zurückführen. Beispielsweise stieg die Saisonarbeit in der Wojewodschaft Zamojskie um das 11,6-fache an. In den Gebieten mit hohem Urbanisierungsgrad und relativ geringer Arbeitslosigkeit stieg die Saisonarbeit nur geringfügig an bzw. ging, wie im Falle des Gebietes um Warschau, sogar zurück (vgl. a.a.O.: 30). Es scheint also, dass – abgesehen von einer Pionierphase – Saisonarbeit in Deutschland insbesondere für Personen aus schlechter entwickelten Gebieten Polens lohnenswert ist (ebd.). Dies spiegelt sich auch im ökonomischen Status der Saisonarbeitnehmer im Herkunftsland wider: Der Anteil derer, die vor ihrer ersten Migration arbeitslos waren, ist Ende der 1990er Jahre größer als Anfang der 1990er Jahre (vgl. Kępińska 2004b: 149; vgl. hierzu auch Kaczmarczyk/Okólski 2008: 51ff.).

Ein Vergleich von männlichen und weiblichen Saisonarbeitnehmern zeigt, dass sich diese hinsichtlich zentraler Merkmale kaum unterscheiden (vgl. Kępińska 2004b: 145). Lediglich die Tatsache, dass in Polen keine Arbeit gefunden werden konnte, wird von Frauen häufiger als Motiv für die Aufnahme der ersten Saisonarbeit in Deutschland genannt (vgl. a.a.O.: 147f.). Eine geschlechtsspezifische Betrachtung des ökonomischen Status vor der ersten Saisonarbeit zeigt dann auch deutliche Unterschiede: Während 61,6 Prozent der männlichen Saisonarbeitnehmer in Polen einer Beschäftigung nachgehen, trifft dies nur auf 44,1 Prozent der weiblichen Saisonarbeitskräfte zu. 31,2 Prozent der Frauen, die zum ersten Mal eine Saisonarbeit in Deutschland aufnahmen, waren arbeitslos, und bei 24,7 Prozent handelte es sich um keine Erwerbspersonen (vgl. a.a.O.: 149). Aber nicht nur die ökonomische Situation des Einzelnen, sondern auch die ökonomische Situation der Migrantenhaushalte unterliegt geschlechtsspezifischen Unterschieden. Neben der Beobachtung, dass das Haushaltseinkommen von Saisonarbeitnehmern

darauf, dass im Vergleich zur polnischen Gesamtbevölkerung der Anteil der „Geistesarbeiter“ unter den Saisonarbeitnehmern unterrepräsentiert ist, während der Anteil der qualifizierten Arbeiter und der selbständigen Landwirte überrepräsentiert ist. Auch der Anteil der Arbeitslosen ist unter den Saisonarbeitnehmern höher als in der polnischen Gesamtbevölkerung (vgl. a.a.O. 133). Dies wird jedoch hauptsächlich darauf zurückgeführt, dass die Altersstruktur der beiden Populationen unterschiedlich ist. So sind in der polnischen Gesamtbevölkerung sowohl mehr Personen in der jüngsten Alterskategorie (18-24) zu finden, die noch nicht ins Erwerbsleben eingetreten sind, als auch mehr Personen in den älteren Kohorten (ab 50 Jahren), die nicht mehr im Erwerbsleben stehen (ebd.).

in Relation zur Anzahl der Haushaltsmitglieder generell geringer ist als das durchschnittliche Haushaltseinkommen in der polnischen Gesamtbevölkerung, zeigt sich, dass weibliche Saisonarbeitskräfte eher aus Haushalten mit geringerem Pro-Kopf-Einkommen stammen als männliche Saisonarbeitnehmer (vgl. a.a.O.: 154). Kępińska (2004b: 164) kommt daher zu dem Schluss, dass Saisonarbeit bei Frauen in einem höheren Maß als bei Männern gezwungenermaßen erfolgt.

Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass nicht nur die Formen der Migration, die im polnisch-deutschen Migrationskontext im Zeitverlauf sowie auch innerhalb der einzelnen Phasen auftreten, äußerst heterogen sind, sondern dass es auch Unterschiede im Hinblick auf die sozioökonomischen Merkmale der Migranten gibt. Während die Emigration vor dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems eher positiv selektiert war und Frauen überrepräsentiert waren, geht der Anteil der Hochgebildeten an den Migranten seit 1990 zurück, und die vornehmlich temporäre Wanderung ist nach wie vor eine Männerdomäne, auch wenn die Anteile der weiblichen Kurzzeitmigranten leicht ansteigen. Insgesamt sind jedoch im Vergleich zur polnischen Gesamtbevölkerung die Personen, die zu Arbeitszwecken nach Deutschland kommen, weit weniger negativ selektiv als man das aufgrund der quantitativ bedeutsamsten Zuwanderergruppe, den Saisonarbeitnehmern, die i.d.R. unqualifizierte Arbeit ausführen, erwarten würde.

Die Bedeutung sozialen Kapitals für Migrationsprozesse
Darstellung am Beispiel des polnisch-deutschen
Migrationsgeschehens

Will, G.

2016, XII, 332 S. 10 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-12800-5